

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

SAMMELTAXIS IN ZENTRALASIEN INTERVIEW MIT DEM BEAUFTRAGTEN FÜR OSTEUROPA, KAUKASUS UND ZENTRALASIEN IM AUSWÄRTIGEN AMT

■ ANALYSE

Marschrutki – Chancen und Probleme städtischer Mobilität in Zentralasien 2
Von Wladimir Sgibnev, Leipzig und Tonio Weicker, Berlin

■ DOKUMENTATION

Zwischen alten Erwartungen und neuen Hoffnungen
Interview mit dem Beauftragten für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien im
Auswärtigen Amt, Andreas Peschke 7

■ CHRONIK

17. Dezember 2016 – 20. Januar 2017 10
Kasachstan 10
Kirgistan 12
Tadschikistan 16
Turkmenistan 18
Usbekistan 20

Marschrutki – Chancen und Probleme städtischer Mobilität in Zentralasien

Von Wladimir Sgibnev, Leipzig und Tonio Weicker, Berlin

Zusammenfassung

Mit dem Ende der UdSSR brach in Zentralasien – zumindest außerhalb der Hauptstädte – auch der staatlich geförderte Personennahverkehr weitgehend zusammen. Minibusse, besser bekannt als Marschrutki, übernahmen vielerorts die Hauptlast des Verkehrs. Sie befördern seitdem täglich Millionen von Fahrgästen und sichern als Einkommensquelle für Fahrer, Reparaturbetriebe, Importeure oder Verkehrspolizisten und als Mobilitätsdienstleister für Beschäftigte, Studierende und Händler das Überleben weiter Teile der Bevölkerung. Die Entstehungsgeschichte sowie die aktuelle Funktionsweise der Marschrutki, aber auch die Reformpläne für neue, alternative Verkehrsformen sind dabei von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Region nicht zu trennen. Am Beispiel der nordtadschikischen Großstadt Chudschand werden im folgenden Artikel Einblicke in dieses facettenreiche Mobilitätsphänomen gegeben.

Der öffentliche Personennahverkehr wird wissenschaftlich oft als eine Arena aufgefasst, in der Staat und Gesellschaft über dessen Ausgestaltung verhandeln, – ersterer als wohlmeinender oder desinteressierter Leistungsanbieter, Regulierungsinstanz und Finanzier, letztere vertreten durch den zahlenden, still duldenden oder protestierenden Passagier. »Informelle« Lösungen für den öffentlichen Verkehr hingegen, die sich sowohl im globalen Süden (z. B. dolmuş in der Türkei, matatu im swahili-sprachigen Ostafrika, tro tro in Westafrika) wie auch im Norden (etwa App-basierte Mobilitätsdienstleister wie Uber, Lyft, Didi Chuxing) herausgebildet haben, stellen diese Auffassung zunehmend in Frage. Solche neuen Angebote profitieren von Regulierungsfreiräumen oder füllen Lücken in den von staatlicher Seite bereit gestellten Dienstleistungen. Die Unterscheidung zwischen passiven Passagieren und aktiven Dienstleistern verschwimmt dabei zunehmend und nimmt hier wie dort neue, beachtenswerte Formen an. Vor diesem Hintergrund möchten wir das Massenphänomen der Marschrutki erörtern, der in Zentralasien allgegenwärtigen Minibusse, die auf ländlichen und städtischen Straßen der Region täglich Millionen von Menschen befördern – und Millionen anderen ein Einkommen ermöglichen.

Marschrutki als Erbe der Sowjetunion

Marschrutki bilden in fast allen postsowjetischen Städten und Regionen als einzig verlässliches Nahverkehrsangebot die Grundlage des sich ständig wandelnden Transportsektors. Sie stellen eine Mischform von Mobilitätsangeboten zwischen formeller und informeller Wirtschaft dar. Bei den Marschrutki-Systemen gibt es meist weder einen homogenen Fahrzeugpark noch eine einheitliche Preisregulierung. Es existieren jedoch zahlreiche historische, individuell festgelegte oder staatlich vorgegebene Routen, die unterschiedliche Eigentumsformen sowie Unternehmensstrukturen aufweisen. Der

Regulierungsgrad variiert stark, je nach lokaler Gegebenheit. In einigen Städten gibt es feste Preise für alle Marschrutka-Strecken, in anderen dagegen flexible oder entfernungsabhängige Preissysteme. Städte oder sogar verschiedene Unternehmen in einer Stadt können sich stark in Bezug auf Fahrzeugmarken, äußeres Design, Innenausstattung oder Sicherheitsstandards der Marschrutki unterscheiden. Ständige Interaktionen – Gespräche, Haltewünsche, Geldtransfer und Ansagen – zwischen Nutzern, Fahrern und Schaffnern bestimmen ebenfalls den Charakter einer Marschrutki-Fahrt. Außerdem nutzt diese Mobilitätsform buchstäblich den »Unterbau« der öffentlichen Infrastruktur (Straßen, Bushaltestellen, Parkplätze) und formell wie informell etablierte Einrichtungen wie Betriebshöfe, Reparaturbetriebe und Dispatcherzentralen (d. h. die Fahrdienstleitung). Die Termini sind oft nicht klar umgrenzt, was die Definition des Marschrutki-Systems und der Marschrutki-Mobilität weiter erschwert. Zusammenfassend lässt sie sich als eine sehr heterogene, flexible Transportform und somit als ein facettenreiches Mobilitätsphänomen beschreiben.

Wenn wir nach den Ursprüngen der Marschrutki-Mobilität in Zentralasien suchen, müssen wir in die Sowjetzeit zurückblicken. Als Transportform tauchten Marschrutki in sowjetischen Städten zuerst in den 1930er Jahren auf. Normalen Taxis wurden bestimmte festgelegte »Marschrouten« zugewiesen – so entstand der Begriff (abgeleitet vom deutschen Lehnwort Marschhut, Anm. d. Übers.) – man konnte sie im Allgemeinen durch Handzeichen an jedem beliebigen Punkt entlang der Route anhalten. Es handelte sich einerseits um eine bequeme, aber (gegenüber Massenverkehrsmitteln wie Bussen oder Straßenbahnen, Anm. der Redaktion) teurere Transportform auf den Hauptverkehrsstraßen, andererseits um eine günstigere Alternative zum Taxi, wenn man »ungewöhnliche« Ziele (abseits der alltäglichen Wege zwischen Wohn- und Arbeitsplatz, Anm. der Redaktion) ansteuerte, wie Bahnhöfe, Flughäfen oder

Strände. Die Bedeutung der Marschutki nahm mit dem serienmäßigen Bau des ersten sowjetischen Minibusses, des lettischen RAF-10, zu. Doch waren diese relativ kleinen und in geringer Stückzahl produzierten Minibusse in der sowjetischen Städteplanung nie als Massentransportmittel vorgesehen. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und infolge der daraus resultierenden Wirtschaftskrise verfügten die meisten Kommunen über so geringe Haushaltsmittel, dass die Stadtverwaltungen den »formellen« öffentlichen Personennahverkehr weitgehend stilllegen mussten und sich der private Minibusverkehr als Hauptverkehrsmittel etablierte.

Seither haben die individualisierte Marktstruktur des Marschutka-Transportsystems, niedrige Zugangsbarrieren zu diesem Beschäftigungssektor, die Möglichkeit zur Selbständigkeit und (jedenfalls anfänglich) das Fehlen gesetzlicher Vorschriften, die Entstehung einer »Regulierung von unten« begünstigt und die zahlreichen Versuche seitens städtischer Behörden, die Marschutki in »offizielle« und unternehmensrechtliche Rahmenstrukturen einzubinden, konterkariert. Das gilt auch für den infrastrukturellen »Unterbau« dieser Form des öffentlichen Personennahverkehrs, die sich schon bestehender Straßen und Haltestellen bedient und der es weitgehend an Betriebshöfen und Verteilern fehlt. Provisorische und flexible, wenngleich mittlerweile eingespielte Handlungsabläufe bilden häufig die Grundlage für das alltägliche Geschäft. Es haben sich also nicht nur die Fahrzeuge verändert, sondern auch die Dienstleistungen, Serviceeinrichtungen und Vorschriften – dies steht in krassem Gegensatz zum staatlich finanzierten und regulierten öffentlichen Personennahverkehr der Sowjetzeit.

Man könnte sagen, dass die Marschutki eines der augenfälligsten Symbole postsowjetischer Befindlichkeit auf den Fahrbahnen der Region verkörpern. Millionen von Passagieren, Fahrern, Dispatchern, Unternehmern und Fahrzeugen praktizieren und festigen täglich diese Beförderungsart, dies hat massive Auswirkungen auf das gegenwärtige städtische Leben in Wirtschaft, Politik oder Kultur. Charakteristisch für das Marschutka-Phänomen ist, im Gegensatz zu vielen anderen Hinterlassenschaften der Sowjetzeit, seine hohe Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche und sich verändernde Sozialräume und Strukturen sowie seine bisherige Immunität gegenüber Reformversuchen.

Routen, Haltestellen und Fahrzeuge

Die Situation in Chudschand, dem ehemaligen Lenabad, soll das Phänomen Marschutka beispielhaft beleuchten. Dies ist die zweitgrößte Stadt Tadschikistans und das Zentrum des Gebiets Sogd im Ferganatal. Der Ballungsraum mit ca. 500.000 Einwohnern verfügt über ein sehr ausgedehntes, dichtes Netz von

Marschutka-Routen mit ungefähr 1.500 Fahrzeugen und fast 100 Linien.

Da es keine verfügbaren Daten über die Verteilung des Fahrgastaufkommens gibt, lässt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen, welches Verkehrsmittel in Chudschand auf welchen Strecken bevorzugt wird. Doch nach unserer Einschätzung stehen die Marschutki, die sogar für Kurzstrecken von weniger als einem Kilometer beliebt sind, an erster Stelle. Schätzungen zeigen, dass etwa jeder zehnte Haushalt der Stadt sein Einkommen aus dem Mobilitätssektor bezieht – und hier sind zusätzliche Dienstleister wie Tankstellen oder Reparaturwerkstätten noch nicht einmal eingerechnet. Damit stellen die Marschutki einen äußerst bedeutsamen Bereich der lokalen Wirtschaft dar – und gleichzeitig den am meisten ignorierten.

Seit den Anfängen der Sowjetunion wurden große Fabriken, Märkte und andere wichtige Anlagen außerhalb der Innenstadt von Chudschand, die damals noch weitgehend aus einer islamisch geprägten, »orientalischen« Altstadt bestand, angesiedelt. Das Industriekombinat »Vostokredmet« zur Anreicherung von Uran und Verarbeitung seltener Metalle wurde in den 1940er Jahren einige Kilometer südlich der Stadt gebaut, die Satellitenstadt Tschkalowsk bot Wohnmöglichkeiten für ihre Arbeiter. Zwischen dieser Anlage und der Altstadt wurde ein großes Werk zur Seidenherstellung mit bis zu 20.000 Beschäftigten errichtet. In den 1950er Jahren begann man auf der bis dahin unbewohnten rechten Uferseite des Syr-Darja mit dem Bau von Großwohnsiedlungen. Die Fabriken befanden sich jedoch überwiegend auf dem linken Ufer. Dies führte zu einer Konzentration des Passagieraufkommens entlang der Hauptstraße, die im Stadtzentrum von Chudschand den Syr-Darja überquert. Bus- und O-Buslinien bedienten diese wichtige Verkehrsachse. Auch die erste Marschutka-Linie der Stadt, die seit den frühen 1980er Jahren betrieben wurde, verlief entlang der gesamten Hauptstraße der Stadt. Diese Hauptachse ist auch heute noch am lukrativsten und hat die meisten Passagiere; hier herrscht mit einer Frequenz von werktags ungefähr 450 Marschutki pro Stunde auf dem zentralen Abschnitt, auch am meisten Konkurrenz. Längere Strecken werden als profitabler angesehen, denn sie werden nicht nur von Passagieren genutzt, die von einem Endpunkt zum anderen fahren, wie bei den kürzeren Linien oder auf Überlandstrecken, sondern ermöglichen viele Zwischenstopps und ein abgestuftes Preissystem, so dass Passagierflüsse ausgeglichen und Einnahmen gesteigert werden können.

Der vielleicht auffälligste Unterschied zwischen den Marschutki und den »staatlichen« Formen des öffentlichen Personennahverkehrs, wie beispielsweise Bussen oder O-Bussen, ist das Fehlen festgelegter Haltestellen.

Heutzutage gibt es in Chudschand keine Alternativen mehr zu den Minibussen, denn kommunal betriebene Buslinien verschwanden schon in den 1990er Jahren und O-Busse verkehrten nur sporadisch und unzuverlässig, bis ihr Betrieb, wie in vielen Städten Zentralasiens, im Jahr 2010 komplett eingestellt wurde. Die Haltestellen aus der Sowjetzeit bestehen jedoch auf fast allen Routen weiter. Im Stadtzentrum dürfen die Marschrutki ausschließlich dort halten – eine Regelung, deren Einhaltung von der Verkehrspolizei in den meisten Fällen auch kontrolliert wird. Doch wenn die Verkehrspolizei nicht vor Ort ist, halten die Minibusse auch anderswo, für die Abendstunden gibt es eine stillschweigende Übereinkunft, dass die erwähnte Regelung nicht durchgesetzt wird.

Auf anderen Abschnitten der Strecke sind keine obligatorischen Haltepunkte vorgeschrieben. Folglich wird der Halt zwischen Passagieren und Fahrern ausgehandelt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass an jedem beliebigen Ort gehalten wird. Neue Haltepunkte entstehen durch Gewohnheit und Alltagspraxis und werden in gewissem Grade institutionalisiert, sei es durch eine Bezeichnung oder durch die Präsenz von Straßenverkäufern. Manchmal handelt es sich sogar nur um eine kleine Bank, die von Anwohnern als Ausdruck ihrer privaten Aneignung eines »inoffiziellen« Halts mit roten Kissens dekoriert wurde. Nutzer reagieren sehr rasch mit Namensgebungen auf neue Gebäude oder Umleitungen. Die meisten Benennungen richten sich nach einem nahe gelegenen Unternehmen, einem Laden oder Café, nach Abkürzungen von Fabriken oder öffentlichen Einrichtungen – unter Verwendung russischer Begriffe, also im Widerspruch zur offiziell verordneten »Tadschikisierung« von Ortsnamen.

Flexibler Fahrzeugpark und unkonventionelle Betriebshöfe

Im Marschrutka-Bestand der Stadt dominieren heute Mercedes-Benz-»Sprinter«, während bis vor einigen Jahren die in Russland hergestellten Fahrzeuge vom Typ »Gazel« einen Großteil des Fuhrparks ausmachten. Es gibt auch noch einige wenige RAF-Minibusse, die seit der Sowjetzeit überdauert haben und auf weniger lukrativen Routen eingesetzt werden, da stehende Passagiere hier nur in äußerst unbequemer Körperhaltung befördert werden können. Vor dem Hintergrund der massiven Konkurrenz auf der Hauptstrecke ist die Frage des Komforts wichtiger geworden: die Passagiere können auf eine Marschrutka mit freien Sitzplätzen warten. Wenn es nur Stehplätze gibt, sind Mercedes-Sprinter die bevorzugte Option. Die Linie 3 hat in Bezug auf Komfort, Sauberkeit und Sicherheit den besten Ruf. Die Fahrer stellten rasch auf Mercedes-Sprinter um und gaben die

Gazel-Minibusse auf. Es war die erwähnte die Linie 3, auf welcher Mitte der 1990er Jahre erstmals in Chudschand Gazel-Fahrzeuge anstelle von RAF-Minibussen eingesetzt wurden, was die Innovationsfähigkeit der Linie unterstreicht. Interviewpartner berichteten, dass Vostokredmet, das Werk zur Anreicherung seltener Metalle in Tschkalowsk, eine eigene Busfabrik hatte. Unter dem Markennamen »Tadschikistan« wurden dort mittelgroße Fahrzeuge für den Personaltransport zu bzw. in abgelegenen Minen und Fabriken gebaut. Der heutige »Brigadeleiter« der Linie 3 war 1996 die erste Person in Chudschand, die über einen Verwandten einen Gazel-Transporter aus Moskau importierte; ein erfahrener Mitarbeiter der damals still stehenden Busfabrik kümmerte sich um den Einbau von Fenstern, Sitzen und Teppichboden. Damit begann, dank der Existenz eines *usto* (Meister) – dem später viele solche Handwerker folgten, die Kleintransporter für den Personenverkehr umbauen konnten – der massenhafte Import von Gazel-Fahrzeugen nach Chudschand. Eine ähnliche Umrüstung erfolgt heutzutage bei den importierten gebrauchten Sprintern aus Westeuropa und dem Baltikum. Es handelt sich um einen wichtigen Geschäftszweig für Chudschand, das Umschlagplatz für Gebrauchtwagen und Kleinbusse für ganz Tadschikistan und darüber hinaus für Kirgistan und Afghanistan ist.

Die meisten Marschrutka-Linien der Stadt werden von Sorbon betrieben, dem größten Konzessionär in Chudschand, der 48 von 92 Routen in der Stadt betreibt (Stand 2014). Dieses Unternehmen ist Erbe des sowjetischen Taxibetriebs von Chudschand, dem es gelang, als Marschrutka-Holding zu überleben. Doch Sorbon besitzt und betreibt nur einen Bruchteil der in Betrieb befindlichen Fahrzeuge. Der größte Teil des Fuhrparks ist in Privatbesitz und wird von Einzelunternehmern gefahren und gewartet, die unter dem Schirm einer Sorbon-Lizenz Routen betreiben. Der große Betriebshof von Sorbon (eher unter dem alten Namen Takso-park bekannt) ist daher fast leer; er nimmt nur Verwaltungsfunktionen wahr und bietet Platz für Werkstätten, die jedoch nicht zum operativen Marschrutka-Geschäft gehören. Nachts werden die Fahrzeuge in der Nähe der Wohnungen der Fahrer geparkt, so dass die ganze Stadt zu einem weit verstreuten Betriebshof für Marschrutki geworden ist. Das gleiche gilt für Instandhaltung und Wartung, denn alle Fahrer wenden sich an über die ganze Stadt verteilte Werkstätten ihres Vertrauens.

Einige Aufgaben von Depots werden heutzutage an den Endhaltestellen von Linien realisiert. Dies geschieht z. T. über Gespräche und Abmachungen zwischen Busfahrern während ihrer Pausen. Jüngere Fahrer erhalten hier von Dispatchern wie auch älteren Fahrern informelle Lehrstunden in Straßenverkehrssicherheit, tech-

nischen Fragen und auch, ganz allgemein, in korrektem Benehmen gegenüber Kollegen, Passagieren und Behörden. Es kommt auch vor, dass hier kleinere Instandhaltungsarbeiten erledigt werden. Durch die Tätigkeit des Fahrdienstleiters entsteht zudem ein Gemeinschaftsgefühl unter den Fahrern, das verhindert, dass sie sich untereinander die Passagiere streitig machen. Da keine zentrale Kontrolleinrichtung existiert, telefonieren die Fahrer ständig, um nachfolgende Fahrzeuge über Hindernisse, Passagieraufkommen und Polizeikontrollen zu informieren.

Die Fahrer tragen in dem bestehenden System eine große Belastung, denn sie allein sind verantwortlich für Treibstoff, Instandhaltung, Fahrzeug- und Passagiersicherheit, Versicherungen etc. Gleichzeitig erinnert die Rolle der Betreibergesellschaften als finanzieller und organisatorischer Vermittler zwischen dem einzelnen Fahrer und der städtischen Verwaltung für das Transportwesen eher an eine hochprofitable Lobbying-Konstruktion als an einen Dienstleister. Selbstaubeutung ist unter den Marschrutka-Fahrern weit verbreitet. Doch wird dieser Job als eine verlässliche Einkommensquelle angesehen und es ist schwierig, einen Platz auf den lukrativsten Linien zu bekommen. Um Stress abzubauen, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und Reparaturen der Türen zu minimieren, stellen einige Fahrer zusätzlich Schaffner ein – meistens Schüler – die Fahrgeld einsammeln, Türen schließen, Haltestellen ansagen und Anfragen an den Fahrer weiterleiten, aber auch potentielle Passagiere an den meistfrequentierten Haltepunkten zum Einsteigen animieren. Bei einigen Linien gibt es an den stark nachgefragten Haltestellen bei den Basaren auch »ortsgebundene« Schaffner, die potentielle Fahrgäste zum Einsteigen bewegen.

Das Ende des Marschrutki-Eldorados?

Der anhaltende Erfolg dieser stark frequentierten und flexibel genutzten Minibusse überrascht einigermaßen, wenn man an die lang andauernden Kontroversen um die Entwicklung des Personennahverkehrs in zahlreichen Städten und Staaten der ehemaligen Sowjetunion denkt. In ersten Projekten in Moskau, Astana und Kasan gelang es, zumeist unter dem Credo der Modernisierung, Marschrutka-Systeme abzuschaffen bzw. durch »große« Busse zu ersetzen. Andere Städte waren mit diesem Vorhaben weniger erfolgreich, in wieder anderen versuchten die lokalen Behörden nicht einmal, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen.

In Chudschand dauert die öffentliche Debatte über die Abschaffung von Minibuslinien ebenfalls seit Jahren an. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat die Bereitstellung eines Kredits in Höhe von 61,5 Mio. US-Dollar für die Anschaffung von 600 neuen Bussen und Trolleybussen zugesagt. Die ersten 100 chinesischen Busse, die Ende 2011 ein-

treffen sollten, sind jedoch nie Bestandteil des öffentlichen Transportsystems von Chudschand geworden. Ein Grund könnte sein, dass einige Mitglieder der Stadtverwaltung persönlich am Geschäft mit den Marschrutki beteiligt sind; sie besitzen Fahrzeuge und beschäftigen Fahrer und befürchten daher, ihr Einkommen zu verlieren. Ein weiterer Grund für die Verzögerung ist die Diskussion zwischen der EBRD und der Stadtverwaltung, ob der Kredit in bar überwiesen oder ob die Lieferung der Busse direkt von der EBRD ausgeschrieben und bestellt werden soll. 2014 hieß es, dass die Busse »in diesem Winter« eintreffen werden, Mitte 2016, dass sie »bis Ende des Jahres« ankommen sollten. Anfang 2017 gibt es noch immer keine Anzeichen dafür, dass die geplante Änderung umgesetzt wird. Diese würde das Verschwinden der Marschrutka-Linien zumindest entlang der Hauptstraße bedeuten. Weder Fahrern noch Unternehmern scheint das Sorgen zu bereiten. Viele Fahrer haben den Führerschein für große Busse beantragt und sich bei der städtischen Verkehrsverwaltung registrieren lassen; andere planen, auf Vorortrouten zu wechseln. Unternehmer wie Sorbon oder Gazel' pass-trans beabsichtigen, mit dem geplanten »Kommunalen Einheitsunternehmen« zusammen zu arbeiten, das im neuen Bussystem Dienstleistungen wie Instandhaltung oder Fahrdienstleitung erbringen soll, während die Stadtverwaltung ganz sicher ihren »angemessenen« Anteil am neuen System erhalten wird.

Fazit

Die Beobachtung urbaner Mobilitätsformen in Chudschand ist über den spezifischen Kontext hinaus von allgemeiner Bedeutung für den postsowjetischen Raum. Wie in Chudschand ringen viele, oft finanziell schlecht ausgestattete Provinzstädte mit der Modernisierung, Umgestaltung oder auch nur dem stabilen Betrieb des Nahverkehrs. Der Artikel zeigt die mannigfaltigen Verflechtungen von wirtschaftlichen, lokalpolitischen und sozialen Handlungsmustern und institutionellen Regelungen, die urbane Marschrutka-Mobilität erst ermöglichen. Ebenso komplex gestalten sich daher auch spezifische bzw. lokale Lösungsansätze zur Reform schlecht funktionierender bzw. chronisch unterfinanzierter Nahverkehrssysteme. Diese sind unseres Erachtens unabhängig mit der spezifischen Betrachtung lokaler Kontexte verbunden und nur so sinnvoll nachvollziehbar.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Informationen über die Autoren und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren:

Wladimir Sgibnev hat seinen Master in Vergleichender Politikwissenschaft und Osteuropastudien an der Sciences Po Paris und seinen Dokortitel an der Humboldt-Universität zu Berlin erworben. Seit 2012 arbeitet er am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig über urbane Prozesse in den postsowjetischen Staaten. Seit 2015 leitet er die Forschungsgruppe »Spatial dynamics of marshrutkas in Central Asia and the Caucasus« (www.marshrutka.net).

Tonio Weicker studierte Soziologie und Osteuropastudien in Jena und an der LMU München. Zur Zeit beschäftigt er sich als Doktorand an der TU Berlin und als Mitglied des Forschungsnetzwerkes »Spatial dynamics of marshrutkas in Central Asia and the Caucasus« am Fallbeispiel Russlands mit dem Marschrutka-Phänomen als Feld für Transformationsprozesse und politische Reformen in den vergangenen Jahrzehnten.

Lesetipps:

- Timothy Nunan, Marshrutkanomics, Or, The Economics of Post-Soviet Public Transportation = <<https://timothynunan.com/2011/07/09/marshrutkanomics-or-the-economics-of-post-soviet-public-transportation/>>
- Nicholas M. Wondra, The Marshrutka – An Overlooked Public Good?, in: Russian Analytical Digest 89, 15.12.2010, S. 5–9 = <https://www.files.ethz.ch/isn/125713/Russian_Analytical_Digest_89.pdf>
- Thorsten Gutmann, Moskau verbannt Marschrutka-Kleinbusse, ostexperte.de, 24.8.2016, = <<http://www.ostexperte.de/marschrutka-verbot-in-moskau/>>

Tabelle 1: Vergleich der Anzahl von O-Bus- und Straßenbahnsystemen in ausgewählten Ländern der GUS 1991 und 2017

	Zahl der O-Bus-Systeme 1991	Zahl der O-Bus-Systeme 2017	Zahl der (aktiven) Straßenbahnsysteme 1991	Zahl der (aktiven) Straßenbahnsysteme 2017
Kasachstan	9	1	3	0
Kirgistan	3	3	0	0
Tadschikistan	2	1	0	0
Turkmenistan	1	0	0	0
Usbekistan	9	1	1	0
Aserbaidshjan	5	0	2	0
Georgien	11	1	0	0
Russland	93	82	78	68

Quelle: *Gorodskoj elektrotransport byushego SSSR*; <<http://transit.parovoz.com/masstransit/index.php?>>

Zwischen alten Erwartungen und neuen Hoffnungen

Interview mit dem Beauftragten für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, Andreas Peschke

Andreas Peschke ist seit Juli 2015 im Auswärtigen Amt Beauftragter für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien. In dieser Funktion berät er den Bundesaußenminister. Peschke arbeitete zuvor u. a. an der deutschen Botschaft in Moskau (2002–2004), war Sprecher des Auswärtigen Amtes (2009–2013) und zuletzt deutscher Botschafter in Kenia (2013–2015).

Sie sind alleine für zwölf Staaten, nahezu die gesamte ehemalige Sowjetunion, zuständig. Wieviel Raum bleibt da für die weit entfernten und vergleichsweise stabilen Staaten Zentralasiens?

Auch wenn ein Großteil der medialen Berichterstattung zu den Ländern meines Zuständigkeitsbereichs auf Russland und die Ukraine entfallen, bleibt Zentralasien eine strategisch bedeutsame Region an der Schnittstelle zwischen Asien und Europa, die einen wichtigen Teil meiner Arbeit ausmacht. So führe ich mit allen fünf Ländern regelmäßig politische Konsultationen durch, bei denen wir alle Facetten unserer bilateralen Beziehungen, aber auch internationale und multilaterale Themen besprechen. Die Botschafter der zentralasiatischen Länder hier in Berlin sind für mich natürlich sehr wichtige Ansprechpartner. Aber auch darüber hinaus pflegen wir den Dialog mit den Menschen aus der Region. So laden wir etwa Fachleute und Multiplikatoren im Rahmen des Besucherprogramms des Auswärtigen Amtes zu verschiedenen Themen und Anlässen nach Deutschland ein, etwa zu Wasserfragen oder zum Vorgehen gegen gewaltbereiten Extremismus. Das Interesse an Austausch und einer engen Kooperation mit Deutschland ist in der Region groß. Davon habe ich mich auch während meiner Reisen in die fünf zentralasiatischen Republiken überzeugen können.

Im Frühjahr 2016 war Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Taschkent, Bischkek und Duschanbe und Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte im Juli Kirgistan. Würden Sie dies als Zeichen eines neuen Interesses deutscher Politik an Zentralasien bewerten?

Deutschland pflegt bereits seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten enge Beziehungen zu den fünf Ländern. Deutschland war einer der ersten Staaten, der die zentralasiatischen Republiken nach ihrer Unabhängigkeitserklärung anerkannt und mit ihnen diplomatische Beziehungen aufgenommen hat, deren 25jähriges Bestehen wir in diesem Jahr feiern. Deutschland unterhält seit langem Botschaften in allen fünf zentralasiatischen Ländern. Darüber hinaus haben wir uns bereits im Jahr 2007 mit der Initiierung der EU-Zentralasienstrategie auch für eine umfassende, vertiefte EU-Politik gegenüber Zentralasien eingesetzt. Zentralasien war immer schon eine wichtige Region, nicht nur, aber auch wegen seiner geographischen Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Russland, China, Afghanistan und Iran.

Der Besuch von Minister Steinmeier in der Region im vergangenen Jahr hat dieser Bedeutung Zentralasiens Rechnung getragen. Das Programm der Reise war zum einen bilateralen Natur, zum anderen aufgrund des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016 auch durch OSZE-Themen geprägt. Die Reise von Bundeskanzlerin Merkel nach Bischkek im Juli 2016 kann auch als Würdigung der seit 2010 erreichten Demokratisierungsfortschritte Kirgisistans im regionalen Vergleich gesehen werden.

In die Beziehungen zwischen Zentralasien und dem Westen ist nach anfänglich hohen Erwartungen inzwischen eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Wie würden Sie die deutschen Beziehungen zu den einzelnen Staaten heute einschätzen?

Auch wenn vielleicht noch nicht alle unsere Erwartungen an die Zusammenarbeit erfüllt sind, zahlt es sich aus, dass Deutschland in Zentralasien langfristig engagiert ist und bleibt. Unsere Beziehungen zu den zentralasiatischen Ländern umfassen ein breites Spektrum an Bereichen, so zum Beispiel Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Natürlich spielen auch sicherheitspolitische Erwägungen eine Rolle, nicht zuletzt aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zu Afghanistan.

Seit vielen Jahren setzen wir uns für eine Stärkung der regionalen Kooperation der zentralasiatischen Staaten untereinander ein, die aus verschiedenen Gründen noch unter ihrem Potential geblieben ist. Nun hat der neugewählte usbe-

kische Präsident den Ausbau der Beziehungen zu den zentralasiatischen Nachbarrepubliken als eine seiner politischen Prioritäten benannt, und wir konnten im letzten Quartal 2016 eine Intensivierung der Beziehungen Usbekistans mit seinen Nachbarn beobachten. Diese Entwicklung wollen wir weiterhin begleiten und nach Kräften unterstützen. Wir hoffen, dass die Akzente, die die neue Führung in Taschkent setzt, zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Usbekistan führen.

Auch mit den anderen Staaten der Region sehen wir eine Vielzahl gemeinsamer Interessen – Zentralasien ist langfristig bedeutsam z. B. für unsere Sicherheit und unsere Energieversorgung. Politisch und wirtschaftlich ist Kasachstan der wichtigste Partner in Zentralasien und für deutsche Unternehmen der interessanteste Markt. Mit der EXPO in diesem Sommer in Astana, die unter dem Thema Energie der Zukunft steht, setzt sich Kasachstan für erneuerbare Energien ein. Auch hier gibt es Anknüpfungspunkte für verstärkte Zusammenarbeit.

Welches Deutschlandbild begegnet Ihnen in den Hauptstädten der zentralasiatischen Staaten?

Bei meinen Besuchen in den zentralasiatischen Republiken habe ich festgestellt, dass das Deutschlandbild in der Region ein überaus positives ist. Unser Land wird als verlässlich, glaubwürdig und innovativ wahrgenommen. Deutschland wird von den zentralasiatischen Staaten auch als wichtigster Partner in der EU gesehen – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Die deutsche Wirtschaft und ihre Produkte genießen in Zentralasien hohes Ansehen, die deutsche Sprache ist nach Russisch und Englisch die am meisten gelernte Fremdsprache, und auch als Studienstandort ist Deutschland sehr beliebt. Zudem gibt es in einigen zentralasiatischen Ländern eine deutsche Minderheit, der in den bilateralen Beziehungen eine wichtige Brückenfunktion zukommt.

Deutschland hat sich 2007 während seines EU-Vorsitzes mit der Zentralasien-Strategie für die Region stark gemacht. Welche Rolle spielen die Strategie bzw. ihre Fortschreibungen in Ihrer Arbeit?

Die EU-Zentralasienstrategie hat wichtige Impulse für die EU-Politik gegenüber Zentralasien gegeben. Die EU engagiert sich in Zentralasien beispielsweise für Rechtsstaatlichkeit, Bildung, Wasser und Umwelt. Auch bei der Grenzsicherheit und der Bekämpfung des Drogenhandels ist die EU aktiv und wird von den zentralasiatischen Ländern als Kooperationspartner geschätzt. Ein positives Signal war, dass die EU für die Periode 2014–2020 ihr Budget für die fünf Länder der Region um 250 Millionen Euro auf rund eine Milliarde Euro erhöht hat. Bei einer Überprüfung der Zentralasienstrategie haben wir 2015 vereinbart, die Kooperationsangebote noch stärker auf die einzelnen Länder auszurichten. So wollen wir den unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen der fünf Staaten noch besser Rechnung tragen.

Welche Aktivitäten hat Deutschland im Rahmen seines OSZE-Vorsitzes 2016 in Zentralasien ergriffen?

Als OSZE-Vorsitz engagierte sich Deutschland vielfältig in der Region: zum einen durch die politische Unterstützung und personelle Förderung der fünf OSZE-Feldmissionen sowie durch Finanzbeiträge für Projekte der OSZE in der Region; zum anderen durch die Arbeit an Themen, die auch für die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten von besonderem Interesse waren. Ein Beispiel dafür ist die Konnektivität – also Energienetze, Transportrouten, Infrastruktur und Logistik –, die während unseres Vorsitzjahres hoch auf der Agenda stand. Bei unserer Wirtschaftskonferenz »Connectivity for Commerce and Investment« im Mai 2016 war Zentralasien prominent vertreten. Diese Staaten haben ein Interesse daran, ihre Brückenfunktion zwischen Ostasien und Europa auszubauen. Wir haben daher bewusst den Blick über die OSZE hinaus gerichtet, Teilnehmer etwa aus China eingeladen und auch die Privatwirtschaft beteiligt. Wir freuen uns, dass der österreichische OSZE-Vorsitz das Thema Konnektivität in diesem Jahr weiterführen möchte.

Deutschland unterstützt in Zentralasien Projekte in allen drei Dimensionen der OSZE, also in der politisch-militärischen, in der wirtschaftlichen und ökologischen sowie in der menschlichen Dimension. Hervorzuheben sind dabei das Border Management Staff College in Duschanbe, das durch Fortbildungskurse zur Ertüchtigung von Führungskräften von Polizei und Zoll aus der Region und darüber hinaus einen wichtigen Beitrag leistet, sowie die OSZE-Akademie in Bischkek, die Studierenden aus der gesamten Region Masterstudiengänge anbietet und zur Schaffung eines wichtigen Netzwerks künftiger zentralasiatischer Führungskräfte beiträgt. Mit der Unterzeichnung eines neuen Memorandums of Understanding sicherte Außenminister Steinmeier während seines Besuchs in Bischkek ihr weiteres Bestehen.

Im Verhältnis der zentralasiatischen Staaten zur OSZE hat sich nach dem letzten Human Dimension Implementation Meeting in Warschau im September 2016 eine bisher unbekannt kritische Haltung gezeigt. Welche Perspektive haben die OSZE und ihre Prinzipien in den zentralasiatischen Staaten?

Der Auftritt einiger oppositioneller Teilnehmer beim Human Dimension Implementation Meeting führte in der OSZE zu Diskussionen über die Überarbeitung der Verhaltensregeln für Veranstaltungen der menschlichen Dimension. Eine generelle Abkehr der zentralasiatischen Staaten von der OSZE sehen wir allerdings nicht. Nachdem Kirgisistan und Tadschikistan ihren Wunsch einer Mandatsänderung äußerten, gelang es uns, einen transparenten und glaubwürdigen Dialogprozess in die Wege zu leiten, an dessen Ende ein Ergebnis stehen soll, das sowohl die Interessen der Gaststaaten als auch die Ziele der OSZE wahrt.

Die OSZE basiert auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Wir werden uns daher weiter dafür einsetzen, dass die OSZE die Staaten Zentralasiens bei der Stärkung und Umsetzung ihrer Verpflichtungen in allen drei Dimensionen unterstützt. Themen wie Grenzschutz und wirtschaftliche Konnektivität können uns dabei helfen, weil sie die Attraktivität der OSZE als Partner stärken.

Wo sehen Sie die größten zukünftigen Herausforderungen für Zentralasien, wo positive Entwicklungen?

Zentralasien befindet sich auf dem Weg einer nicht einfachen Transformation in einem schwierigen geostrategischen Umfeld. Wasser bleibt eine Herausforderung für die Region. Deswegen engagiert sich das Auswärtige Amt seit 2008 im Rahmen der Wasserinitiative Zentralasien für die Stärkung der regionalen Wasserkooperation. Daneben besteht – wie in vielen Teilen der Welt, so auch in Zentralasien – eine Gefahr durch Terrorismus und gewaltbereiten Extremismus. Diplomatie und Kooperation werden weiterhin gefragt bleiben!

Positive Entwicklungen haben wir, wie bereits erwähnt, zuletzt in den nachbarschaftlichen Entwicklungen gesehen. Diese waren lange Zeit unter anderem durch Rivalitäten um Wassernutzung und ungeklärte Grenzverläufe schwer belastet. Inzwischen werden auf Initiative des neugewählten usbekischen Präsidenten Verhandlungen über die Grenzdemarkation mit den Nachbarn vorangetrieben. Auch ist im Gespräch, zwischen Duschanbe und Taschkent wieder direkte Flugverbindungen einzurichten.

Wir stehen am Beginn eines neuen Jahres. Was wünschen Sie den Staaten Zentralasiens und ihren Bürgern für das Jahr 2017?

Für das neue Jahr wünsche ich den Menschen in Zentralasien Frieden und Wohlergehen, eine gute wirtschaftliche Entwicklung, die eine Steigerung des Lebensstandards für die Bevölkerung mit sich bringt, sowie innenpolitische Reformen für mehr politischen Pluralismus, größere Freiheiten und umfassende Menschen- und Bürgerrechte.

Vielen Dank.

Die Fragen stellte Beate Eschment

17. Dezember 2016 – 20. Januar 2017

Kasachstan

18.12.2016	Präsident Nursultan Nasarbajew bietet dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in einem Telefonat seine Dienste als Vermittler im Syrien-Konflikt an.
20.12.2016	Premier Bakytchan Sagyntajew fordert bei einer Regierungssitzung, alle verfügbaren Ressourcen für die Sicherung eines BIP-Wachstums von 1 % zu mobilisieren.
21.12.2016	Der Journalist des staatlichen Fernsehsenders »Perwyj Kanal Jewrasija«, Ruslan Smykow, reicht seine Kündigung ein, nachdem er in seiner Sendung am 17.12. ein gefaktes Interview mit dem russischen Starjournalisten Wladimir Posner ausgestrahlt hatte. Der Fernsehsender und der kasachstanische Informationsminister Dau- ren Abajew entschuldigten sich bei Posner für den Vorfall.
21.12.2016	Die turkmenischen Behörden schließen erneut die Grenze ihres Landes für Bürger des Gebiets Mangystau, Gründe werden nicht genannt.
21.12.2016	Der stellvertretende Minister für die nationale Wirtschaft, Aidar Arifchanow, kündigt vor Journalisten am Rande des Außenministertreffens der turksprachigen Länder in Baku an, dass bis 2020 mindestens 25 % der Aktien der größten kasachstanischen Staatskonzerne wie KazMunayGaz, Kazatomprom, Kazpost und Air Astana privatisiert werden sollen.
21.12.2016	Bei einer landesweiten Spezialoperation des Komitees für nationale Sicherheit gegen mutmaßliche Mitglieder der als extremistisch eingestuft Organisation At-Takfir ual Hijra werden 33 Personen festgenommen.
22.12.2016	Durch Unterschrift von Präsident Nasarbajew tritt ein Gesetz zur Verstärkung des Kampfes gegen den Terrorismus in Kraft.
22.12.2016	Bei einem nächtlichen Übungsflug stürzt ein Kampfflugzeug vom Typ SU-27 im Gebiet Almaty ab, der Pilot kann sich per Schleudersitz retten, wird aber verletzt.
22.12.2016	Präsident Nasarbajew empfängt in Astana seinen iranischen Amtskollegen Hassan Rohani zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und die Lage in der Region. Beide unterzeichnen zudem zahlreiche Verträge über Zusammenarbeit u. a. im Landwirtschafts- und Transportsektor.
23.12.2016	Präsident Nasarbajew verlängert durch seine Unterschrift das Moratorium auf die umstrittenen Änderungen des Bodengesetzes um fünf Jahre.
23.12.2016	Außenminister Jerlan Idrisow trifft in Taschkent mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulasis Kamilow zu Gesprächen über den Ausbau der bilateralen Beziehungen zusammen.
24.12.2016	Die Passagiere von mehr als 80 im Gebiet Schambyl in Schneeerwehungen feststehenden Überlandbussen werden nach einem Tag in neun Zügen befreit.
26.12.2016	Präsident Nasarbajew erklärt sich nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Putin in St. Petersburg im Rahmen eines informellen Treffens der Staatschefs der EEU sowie CSTO und einem Telefonat mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan am Vortag erneut dazu bereit, eine neue Runde von Vermittlungsgesprächen im Syrien-Konflikt unter Teilnahme aller Parteien unter seiner Ägide in Astana abzuhalten. Zudem besprechen Nasarbajew und Putin Änderungen im Status der Stadt Baikonur.
26.12.2016	Der Redakteur des oppositionellen Internetportals »Radiotochka.kz«, Bekschan Idrisow, erklärt über sein Facebook-Profil, dass er Kasachstan heimlich verlassen habe, um nicht gegen seinen Kollegen Bigeldy Gabdullin aussagen zu müssen. Gabdullin, Chefredakteur der Zeitung Central Asian Monitor und Präsident des PEN-Clubs Kasachstan, befindet sich seit dem 15.11. wegen des Verdachts von Erpressung in Untersuchungshaft.
28.12.2016	Präsident Nasarbajew entlässt überraschend den bisherigen Außenminister Idrisow, der zum Botschafter Kasachstans in Großbritannien und Irland berufen wird. Sein Nachfolger wird der bisherige ständige Vertreter Kasachstans bei der UNO, Kairat Abdrachmanow. Der Minister für die nationale Wirtschaft, Kuan- dyk Bischimbajew, wird zudem aufgrund von Korruptionsvorwürfen im Rahmen seiner vorherigen Tätigkeit in der staatlichen Holding Baiterek von seinem Posten entlassen. Sein Nachfolger wird Timur Sulejmenow.
28.12.2016	Der frühere KNB-Chef Nurtai Dutbajew und zwei seiner Mitarbeiter werden von Sicherheitskräften unter dem Vorwurf der Überschreitung von Machtbefugnissen und der Verbreitung von Staatsgeheimnissen festgenommen. Experten vermuten einen Zusammenhang mit der Entlassung von Ex-BTA Bank-Chef Muchtar Abljasow aus der französischen Haft.

28.12.2016	Einem Bericht von Fergananeews.com zufolge sollen zwei kasachstanische Großbanken, die KazInvestBank und die Kazkommertsbank, vor dem finanziellen Kollaps stehen. Erstere habe bereits die Betreuung von Kunden eingestellt, während die andere in den letzten Tagen durch eine staatliche Geldspritze von 1,5 Trillionen Tenge (ca. 2,4 Mrd. US-Dollar) vor dem Bankrott bewahrt wurde.
28.12.2016	Ein Gericht in der Stadt Aktöbe verurteilt den Geschäftsmann Sanat Dosow wegen über soziale Medien verbreiteter Putin-kritischer Kommentare zu drei Jahren Haft.
30.12.2016	Der neue kasachstanische Außenminister Abdrachmanow bespricht in einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow den Fahrplan für die für Mitte Januar vorgesehenen Verhandlungen der syrischen Führung und der bewaffneten Opposition im syrischen Bürgerkrieg in Astana.
1.1.2017	Beim teilweisen Einsturz eines Wohnblocks in Schachtinsk (Gebiet Karaganda) kommen mindestens neun Menschen ums Leben. Als Ursache für die Katastrophe wird die Explosion des Heizkessels des Hauses angegeben.
3.1.2017	Aus dem Außenministerium wird bekannt, dass seit dem 1.1.2017 die Visabefreiung für Bürger von EU- und OECD-Staaten sowie Malaysia, Monaco, den VAE und Singapurs für Aufenthalte von bis zu 30 Tagen (bisher 15 Tage) erweitert wurde, um »ein noch besseres Investitionsklima« zu schaffen.
4.1.2017	Bloomberg.com meldet, dass die Syrien-Gespräche in Astana am 23.1.2017 stattfinden werden.
4.1.2017	Der frühere Chef der Präsidialadministration und bisherige kasachstanische Botschafter in Kroatien, Aslan Musin, wird aufgrund des Erreichens des Rentenalters in den Ruhestand versetzt. Musin war vor seiner Versetzung nach Kroatien von einigen Experten als Kandidat für die Nachfolge von Präsident Nasarbajew gehandelt worden.
5.1.2017	Das Komitee für Statistik meldet, dass die Inflationsrate 2016 einen neuen Höchstwert von 8,5 % erreicht hat.
5.1.2017	Die New York Times empfiehlt unter dem Slogan »vom Ölstaat zur luxuriösen Öko-Destination« Kasachstan als eines von 52 weltweiten Urlaubszielen (darunter auch Detroit, die South Bronx, Gabun, Agra, Hamburg, das Langtang-Tal und Busan) für 2017.
5.1.2017	In sieben Gebieten werden erneut zahlreiche Fernverkehrsstraßen wegen schlechter Wetterverhältnisse gesperrt.
5.1.2017	Präsident Nasarbajew unterschreibt ein Gesetz, dass die Zuständigkeiten der Ministerien für die nationale Wirtschaft, Gesundheit und Soziales sowie Inneres im Bereich Migration neu regelt. Zudem wird der Migrationsdienst neu gegründet.
5.1.2017	Der ehemalige leitende Buchhalter der kasachstanischen Botschaft in Minsk, A. Seidualijew, wird in Astana festgenommen. Er soll im Rahmen seiner Tätigkeit während des Neubaus eines Botschaftsgebäudes zwischen 2012 und 2015 mehr als 680.000 US-Dollar veruntreut haben.
6.1.2017	Das kirgisische Nachrichtenportal Tazabek meldet, dass Kasachstan den Transport veterinärmedizinischen Kontrollen unterliegender kirgisischer Waren über sein Territorium nach Russland untersagt hat.
9.1.2017	Der Chef des Nationalen Rentenfonds, Ruslan Erdenajew, sowie dessen Finanzchef, Musa Bachtew, werden wegen des Verdachts der Annahme von Schmiergeldern verhaftet.
9.1.2017	Der am 28.12.2016 entlassene Minister für die nationale Wirtschaft, Bischimbajew, wird wegen der mutmaßlichen Annahme von Schmiergeldern in besonders großem Umfang festgenommen.
9.1.2017	Fergananeews.com berichtet, dass landesweit Tausende, wenn nicht Zehntausende Menschen die Einwohnermeldeämter stürmen, nachdem in der Nacht zuvor Razzien zur Überprüfung der Registrierung am Wohnort (Propiska) durchgeführt worden waren.
10.1.2017	Kasachstan nimmt erstmals als nichtständiges Mitglied an einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates teil.
11.1.2017	Der im November 2016 festgenommene Chefredakteur der oppositionellen Zeitung Central Asian Monitor und des Nachrichtenportals Radiotochka.kz, Gabdullin, hat nach Angaben seines Anwalts die ihm zur Last gelegte Erpressung zugegeben und zugesagt, den entstandenen Schaden zu ersetzen.
12.1.2017	Ein Gericht in der Stadt Atyrau verurteilt fünf kasachstanische und einen russischen Staatsbürger wegen Menschenhandels von Afghanistan nach Europa zu Haftstrafen zwischen zehn und drei Jahren auf Bewährung.
12.1.2017	Präsident Nasarbajew entlässt den stellvertretenden Chef der Präsidialadministration, Baglan Mailybajew. Sein Nachfolger wird der bisherige Botschafter Kasachstans in der RF und frühere Außenminister, Marat Taschin.
13.1.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft schaltet eine Website online, auf der Bürger anonym auf Anzeichen von Extremismus und Terrorismus hinweisen können.

13.1.2017	Der Pressedienst der Präsidentschaftsadministration meldet, dass unter Vorsitz des Chefs der Präsidentschaftsadministration, Adilbek Dschaksybekow, eine Kommission zur Reform der Machtverteilung zwischen den Regierungsbehörden gegründet wurde.
14.1.2017	Präsident Nasarbajew reist zu einem offiziellen Staatsbesuch in die VAE, wo er u. a. von Kronprinz Muhammad ben-Said Al-Nahyan zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und die zukünftige Zusammenarbeit empfangen wird.
14.1.2017	Der ehemalige stellvertretende Chef der Präsidentschaftsadministration, Mailybajew, wird wegen des Verdachts der Verbreitung von Interna verhaftet.
16.1.2017	Die seit den Terroranschlägen im Juni 2016 in Aktöbe in Kraft befindliche gelbe Terrorwarnstufe wird ausgesetzt.
16.1.2017	Die Website Finprom.kz meldet, dass die drei wichtigsten Investoren in Kasachstan, die Niederlande, Großbritannien und die USA, die ihre Darlehen an die kasachstanische Wirtschaft im Zeitraum von Januar bis September um 4,6 bis 7,5 % ihres Volumens aufgestockt haben.
16.1.2017	In einem vom Ansturm von Bürgern betroffenen Einwohnermeldeamt der Stadt Almaty stirbt ein 62jähriger Mann beim Warten in der Schlange zur Registrierung an seinem Wohnsitz.
17.1.2017	Der Prozess gegen den Journalisten Gabdullin beginnt vor einem Gericht in Astana.
17.1.2017	Der jüngste Enkel von Präsident Nasarbajew, Aisultan, spricht in einem Facebook-Post seine Unterstützung für die »Säuberung« des Umkreises seines Großvaters von »Volksfeinden« aus.
18.1.2017	Nach Angaben von RFE/RL sind im Gebiet Mangystau ca. 400 (nach Angaben von Fergananeews.com bis zu 700) Ölarbeiter aus Protest gegen die Schließung einer Konföderation unabhängiger Gewerkschaften in den Hungerstreik getreten.
19.1.2017	An mehreren Standorten finden großangelegte Militärmanöver statt, bei denen von allem die schnelle Verlegung von Truppenteilen und Gerät geübt wird.
19.1.2017	Die Haftzeit des wegen Korruption und Unterschlagung von Haushaltsmitteln im besonders großen Umfang verurteilten Ex-Premiers Serik Achmetow wird im Rahmen der Amnestie zur 25jährigen Unabhängigkeit Kasachstans um ein Viertel auf vier Jahre und zehn Monate verringert.
20.1.2017	Der Chef der Kazkommertsbank, Kenes Rakischew, erklärt, dass erste Gespräche mit der Führung der Narodnyj Bank zur Fusion der beiden Geldinstitute eingeleitet wurden.

Kirgistan

18.12.2016	Präsident Almasbek Atambajew trifft zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in Indien ein, bei dem er mit seinem indischen Amtskollegen Pranab Mukherjee sowie Premierminister Narendra Modi zusammentreffen und an einem kirgisisch-indischen Business-Forum teilnehmen wird.
19.12.2016	Premierminister Sooronbaj Dscheenbekow unterzeichnet eine Verordnung, mit der die seit Anfang November geltende Registrierungspflicht binnen fünf Tagen nach der Einreise für ausländische Staatsbürger gelockert wird. Für EU-Bürger gilt sie nun erst nach 60tägigem Aufenthalt.
20.12.2016	Erst jetzt wird bekannt, dass das UN-Menschenrechtskomitee Kirgistan die Verantwortung für den Tod des Politaktivisten Bektemir Akunow gibt. Akunow hatte im April 2007 gegen den damaligen Präsidenten Kurmanbek Bakijew demonstriert und war kurz nach seiner Verhaftung in Naryn tot in seiner Zelle aufgefunden worden. Die offizielle Todesursache lautete Selbstmord durch Erhängen, doch deuteten die Ergebnisse einer unabhängigen medizinischen Untersuchung (schwere innere Blutungen, Hämatome am ganzen Körper) auf eine andere Todesursache.
20.12.2016	In der Neuverhandlung des Falles des usbekischen Menschenrechtlers Asimschan Askarow vor dem Gebietsgericht von Tschui fordert der Staatsanwalt in seinem Plädoyer die Beibehaltung der von den Vorinstanzen verkündeten lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Askarow und seine Anwälte fordern dagegen die Freilassung wegen erwiesener Unschuld und voreingenommener, fehlerhafter Rechtsprechung der Vorinstanzen.
20.12.2016	Kirgistan (und Tadschikistan) enthalten sich bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über eine von der Ukraine eingebrachte Resolution, die die russischen Menschenrechtsverletzungen auf der Krim verurteilt und die Halbinsel als zeitweise okkupiert bezeichnet. Usbekistan und Kasachstan stimmen dagegen.
20.12.2016	Bei einer nächtlichen Massenschlägerei zwischen Bewohnern der Dörfer Mundus und Ak-Basch (Gebiet Dschalalabad) kommt ein 22jähriger durch Messerstiche ums Leben.

21.12.2016	Nach den neuesten Daten der russischen Zentralbank ist die Summe der Rücküberweisungen kirgisischer Arbeitsmigranten in den ersten neun Monaten 2016 um 21 % gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum auf 1,3 Mrd. US-Dollar gestiegen. Experten führen dies auf die EEU-Mitgliedschaft Kirgistans zurück.
21.12.2016	Während einer Parlamentsdebatte über die Erhöhung des Strafmaßes bei Alkohol am Steuer wird bekannt, dass in den vergangenen zehn Jahren in Kirgistan insgesamt ca. 60.000 Menschen durch Verkehrsunfälle ums Leben gekommen sind.
21.12.2016	Das Parlament ratifiziert eine Vereinbarung mit der International Development Association (IDA) über die Finanzierung eines Projektes zur ländlichen Wasserver- und -entsorgung in Höhe von 28 Mio. US-Dollar.
21.12.2016	Mit sechstägiger Verspätung teilt die nationale Energieholding mit, dass eines der vier Aggregate der Toktogul-Wasserkraftwerkes am 15.12. wegen eines Schadens an den Noteinrichtungen ausgefallen ist und versichert, dass es zu keinen Ausfällen in der Energieversorgung kommen werde, obwohl die Reparatur sich bis Mitte Januar hinziehen könne.
21.12.2016	Anlässlich des Besuches einer afghanischen Delegation unter Leitung des Gouverneurs der afghanischen Provinz Badachschan, Achmad Faisal, erklärt die kirgisische Regierung ihre Bereitschaft, die Verantwortung für die Schulbildung der Kinder der im afghanischen Kleinen Pamir lebenden Kirgisen zu übernehmen. Die afghanischen Vertreter weisen auf den dringenden Bedarf an medizinischer Hilfe hin.
22.12.2016	Der kirgisische Dienst von RFE/RL meldet, dass das Oberhaupt der Geistlichen Verwaltung der Muslime Kirgistans, Maksat Toktomuschew, eine Fatwa (islam. Rechtsgutachten) herausgegeben hat, in der entsprechend der jüngsten Veränderungen des Familien- und Strafgesetzbuches Kirgistans Geistlichen die muslimische Eheschließung Minderjähriger verboten wird.
22.12.2016	Nach Angaben des UN-Welternährungsprogrammes in Kirgistan hat Russland 5 Mio. US-Dollar für die Erhöhung der Einkünfte von Dorfbewohnern in schwieriger sozialer Lage durch eine Verbesserung von Infrastruktur und Bildung bereitgestellt.
22.12.2016	RFE/RL meldet unter Berufung auf den Vorsitzenden des Staatlichen Grenzdienstes, Mirbek Kasymkulow, dass es 2016 nur noch ungefähr halb so viele Zwischenfälle an der Grenze zu Usbekistan und Tadschikistan gegeben habe, wie im Vorjahr (2016: 12, 2015: 22).
22.12.2016	RIA Novosti meldet, dass im Großraum Moskau sechs kirgisische und ein russischer Staatsbürger unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der verbotenen extremistischen Tablighi-Dschamaat festgenommen wurden.
23.12.2016	Präsident Atambajew empfängt in Ala-Artscha seinen iranischen Amtskollegen Hassan Rohani zu Gesprächen u. a. über eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus. Rohani sagt Unterstützung für das Eisenbahnprojekt China–Kirgistan–Iran zu, Atambajew spricht sich für eine Vollmitgliedschaft Irans in der SCO aus. Rohani trifft auch mit Premierminister Dscheenbekow zusammen.
23.12.2016	Nach heftigen Schneefällen und dem Abgang von Lawinen sind zum wiederholten Mal Überlandverbindungen im ganzen Land gesperrt, insbesondere auf der Straße von Bischkek nach Osch sitzen vor allem LKWs fest.
24.12.2016	Präsident Atambajew besucht als erster ausländischer Präsident nach der Wahl das neue usbekische Staatsoberhaupt Schawkat Mirsijojew. Beide Präsidenten besichtigen das MAN LKW-Werk in Samarkand, Atambajew legt Blumen am Grab Islam Karimows nieder.
26.12.2016	Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen die ehemalige Generalstaatsanwältin und jetzige Atameken-Abgeordnete im Parlament, Aida Saljanowa, wegen Machtmissbrauch.
26.12.2016	Mehrere Medien melden, dass Präsident Atambajew beim EEU-Gipfel im russischen Sankt Petersburg den neuen Zollkodex erst mit Verzögerung und eine Erklärung über ein angestrebtes gemeinsames außenwirtschaftliches Auftreten gar nicht unterzeichnet habe.
27.12.2016	Mit Unterschrift Präsident Atambajews unter die entsprechende Gesetzesänderung werden die Militärgerichte (vor allem aus Kostengründen) abgeschafft.
27.12.2016	Nach Angaben des kirgisischen Dienstes von RFE/RL wurden im Gebiet Batken zwei Männer festgenommen, die an Kampfhandlungen in Syrien teilgenommen haben sollen. Nach den letzten verfügbaren Zahlen sollen sich mehr als 600 kirgisische Staatsbürger in Syrien aufhalten.
28.12.2016	Kirgistan ist nach Vietnam das zweitgünstigste Urlaubsland im entsprechenden Ranking von Forbes, melden mehrere kirgisische Medien.

28.12.2016	Der Vize-Sprecher des Parlamentes, Nurbek Alimbekow, von der Fraktion »Kyrgyzstan« legt im Zusammenhang mit mehreren privaten Taiwanreisen, bei denen er auch offizielle Vertreter des Landes getroffen hatte, sein Amt nieder. Kirgistan hat 2002 die Ein-China-Politik anerkannt.
29.12.2016	Der ehemalige Chef des Apparats Präsident Atambajew, Danijar Narymbajew, der im Mai zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren wegen Erpressung und Betrugs verurteilt worden war, wird auf Bewährung entlassen.
29.12.2016	Ein Militärgericht im russischen Rostow am Don verurteilt einen kirgisischen Staatsbürger wegen Mitgliedschaft im IS zu acht Jahren Strafkolonie.
30.12.2016	Ein Berufungsgericht im kanadischen Ontario weist die Klage der Unternehmen Sistem Muhendislik Insaat Sanayi ve Ticaret Anonim Sirketi, Entes Industrial Plants Contraction & Ereccion Contracting Co. Inc. sowie von Valerij Belokon gegen ein Urteil des Obersten Gerichts von Ontario vom 11.7.2016 zurück. Damit steht fest, dass alle Anteile von Kyrgyzaltyn an der kanadischen Centerra Gold Inc. ausschließlich Eigentum von Kyrgyzaltyn und nicht des Staates Kirgistan sind, entsprechend dürfen sie im Falle von Forderungen gegenüber dem Staat auch nicht beschlagnahmt werden.
30.12.2016	Präsident Atambajew unterzeichnet das Gesetz, mit dem die Registrierungsfrist für russische Staatsbürger auf 30 Tage (bisher 90 Tage) herabgesetzt wird.
31.12.2016	Nach Angaben des kirgisischen Dienstes von RFE/RL wurde die Freiheitsstrafe des früheren Generalstaatsanwaltes Elmursa Satybaldijew nach Verbüßung von 2/3 seiner Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Satybaldijew war im Zusammenhang mit den Schüssen beim Sturz Kurmanbek Bakijews im April 2010 zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.
3.1.2017	Die türkischen Behörden entschuldigen sich bei dem kirgisischen Staatsbürger Jache Maschropow für die grundlose Verhaftung wegen des Verdachts, am 1.1. ein Attentat auf den Nachtclub Reina in Istanbul verübt zu haben, und lassen ihn wie gewünscht ausreisen. Es bestehe eine große optische Ähnlichkeit zum gesuchten Attentäter. Maschropow war erst nach dem Attentat in die Türkei eingereist.
5.1.2017	Die türkische Zeitung Hurriyet berichtet, dass unter den 40 in der Provinz Izmir unter dem Verdacht einer Verbindung zu dem Attentäter auf den Nachtclub Reina Festgenommenen auch Jugendliche aus Kirgistan seien.
6.1.2017	Im Rahmen seines Staatsbesuches in China wird Präsident Atambajew von seinem Amtskollegen Xi Jinping zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit sowie Fragen der internationalen Politik empfangen. Sein anschließender privater Aufenthalt in der Volksrepublik ruft Kritik bei kirgisischen Oppositionspolitikern und Medien hervor.
6.1.2017	Nach Angaben aus dem Ministerium für Katastrophenschutz wurden 2016 in Kirgistan 3.800 Erdbeben registriert, 40 davon hatten eine Stärke von 3–5 auf der Richterskala.
6.1.2016	Der ehemalige Generalstaatsanwalt Nurlan Tursunkulow und der frühere Chef der Präsidentenadministration Kanybek Dschorodjew, die beide im Zusammenhang mit Ereignissen um den Sturz von Kurmanbek Bakijew 2010 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, werden auf Bewährung freigelassen.
7.1.2017	Nach Angaben des Pressedienstes des Innenministeriums wurden 2016 21 extremistische Websites blockiert, bei acht weiteren warte man noch auf die Entscheidung der Gerichte.
7.1.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL meldet, dass Danijar Mamanow, Anwalt der drei wegen des Versuchs einer gewaltsamen Machtergreifung angeklagten Oppositionspolitiker Bektur Asanow, Kubanytschbek Kadyrow und Ernest Karybekow, bereits am 28.12.2016 in Bischkek auf offener Straße von mehreren Jugendlichen krankenhaushausreif geschlagen wurde.
9.1.2017	Laut Meldung von Fergannews.com wurde das Mandat der OSZE-Vertretung in Bischkek bislang nicht verlängert.
10.1.2017	Nachdem bereits am 30.12.2016 ein Arbeiter beim Einsturz eines Schachtes in einer Kohlemine von Suljukta (Gebiet Batken) ums Leben gekommen war, werden jetzt ein Toter am 9.1. und ein weiterer am 10.1. durch Bergstürze in zwei verschiedenen Minen des Reviers gemeldet.
11.1.2017	Das Committee to Protect Journalists (CPJ) fordert die Weltbank auf, die Freilassung des usbekischen Menschenrechtlers Askarow zur Bedingung für die weitere ökonomische Zusammenarbeit zu machen.
11.1.2017	Die Abgeordneten der Stadtversammlung von Bischkek wählen den bereits seit Februar 2016 amtierenden Bürgermeister Albek Ibrahimow zum neuen Bürgermeister. Für Ibrahimow wurden 29, für seinen Gegenkandidaten Nurdin Abdylidajew 12 Stimmen abgegeben.

11.1.2017	Der Bürgermeister von Taschkent, Rachmonbek Usmanow, und der Botschafter Kirgistans in Usbekistan, Danijar Sydykow, vereinbaren bei einem Treffen in Taschkent eine engere wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Hauptstädten beider Staaten.
12.1.2017	Der Warenaustausch zwischen Kirgistan und den anderen Mitgliedstaaten der EEU ist in den ersten elf Monaten 2016 um 16,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen, meldet das Nationale Statistische Komitee. Kirgistan exportierte Waren im Wert von 284 Mio. US-Dollar in die EEU-Staaten und importierte Produkte für 1,291 Mrd. US-Dollar aus der Wirtschaftsunion.
13.1.2017	Nach Angaben des Finanzministeriums liegt die aktuelle Staatsverschuldung bei 4,075 Mrd. US-Dollar, knapp 3,765 Mrd. US-Dollar davon sind Außenschulden. 2016 mussten 20,7 Mrd. Som (298 Mio. US-Dollar) für den Schuldendienst verwendet werden.
13.1.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL meldet, dass das Oberste Gericht in Reaktion auf einen entsprechenden Beschluss des UN-Komitees für Menschenrechte der Familie des 2004 in Basar-Korgon (Gebiet Dschalalabad) in Untersuchungshaft verstorbenen Taschkenbaj Mojdunow eine Entschädigung von 200.000 Som (2.877 US-Dollar) zugebilligt hat.
13.1.2017	Ca. 40 Gefangene einer Strafkolonie im Gebiet Tschui treten aus Protest gegen eine neue Gesetzesbestimmung, die für wegen Terrorismus und Extremismus Verurteilte eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung ausschließt, in den Hungerstreik.
13.1.2017	Vize-Premier Oleg Pankratow übernimmt den Vorsitz des Rates der Eurasischen Wirtschaftskommission. Kirgistan hat 2017 den Vorsitz in allen Institutionen der EEU inne.
14.1.2017	Nach Angaben des Nationalen Statistischen Komitees wuchs das BIP Kirgistans 2016 gegenüber 2015 um 3,8% und betrug 458 Mrd. Som (6,5 Mrd. US-Dollar).
15.1.2017	Die bei dem Referendum am 11.12.2016 angenommenen Veränderungen der Verfassung treten in Kraft.
15.1.2017	Bei einem schweren Verkehrsunfall auf der Überlandstraße von Nischnij Nowgorod nach Saratow (RF) kommen sieben kirgisische Staatsbürger ums Leben.
16.1.2017	Beim Absturz eines Frachtflugzeuges der türkischen Fluglinie MyCargo Airline während des Landeanfluges auf den Flughafen von Bischkek kommen 38 Menschen ums Leben, bis auf vier Besatzungsmitglieder waren alle Bewohner einer in der Nähe des Flughafens gelegenen Datschensiedlung, davon mindestens 12 Kinder. 16 Menschen werden z. T. schwer verletzt, die Angaben über zerstörte Häuser schwanken zwischen 15 und 32. Für den 17.1. wird Staatstrauer angeordnet, den Familien der Opfer staatliche Hilfe zugesagt. Die Absturzursache ist noch unklar, zum Zeitpunkt des Absturzes herrschte dichter Nebel.
16.1.2017	Generalstaatsanwältin Indira Dscholdubajewa erörtert bei einem Treffen mit ihrem russischen Amtskollegen Jurij Tschaika in Moskau u. a. die Frage der Auslieferung des in russischer Haft befindlichen Schwermörders Asis Batukajew an Kirgistan. Batukajew war 2013 in Kirgistan unter umstrittenen Umständen vorzeitig freigelassen und 2014 in Tschetschenien verhaftet und verurteilt worden.
17.1.2017	Außenminister Erlan Abdyldajew wird während seines offiziellen Besuchs der VAE von seinem Amtskollegen Scheich Abdullah bin Zayed Al Nahyan zu Gesprächen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit wie auch die Kooperation in regionalen und internationalen Organisationen empfangen.
17.1.2017	Wegen der Staatstrauer wird die schon einmal verschobene Urteilsverkündung im Fall Askarow um eine weitere Woche verschoben.
18.1.2017	Präsident Atambajew äußert sich während eines Treffens mit dem usbekischen Vizepremier Adham Ikramow zufrieden über die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit. Am Vortag hatten Akramow und der stellvertretende kirgisische Premier Dschenisch Rasakow in Osch über die strittigen Grenzfragen zwischen beiden Staaten gesprochen.
18.1.2017	Die Zentrale Wahlkommission weist eine Beschwerde des unterlegenen Kandidaten Abdyldajew bei der Bürgermeisterwahl von Bischkek wegen organisatorischer Mängel bei der Wahl ab. Die Partei Onuguu-Progress legt Widerspruch gegen die Entscheidung ein.
18.1.2017	Präsident Atambajew erörtert mit einer hochrangigen Delegation von General Electric eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich der Wasserenergiegewinnung.
19.1.2017	Die hungerstreikenden Häftlinge einer Strafkolonie im Gebiet Tschui beenden ihre Aktion.
20.1.2017	Premier Dscheenbekow empfängt den Regionaldirektor der EBRD für Zentralasien, Neil Mc Kain, zu Gesprächen über den Stand aktueller gemeinsamer Projekte und Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit.

Tadschikistan

17.12.2016	Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Tadschikistans, Ismoil Talbakow, stirbt völlig unerwartet im Alter von 61 Jahren.
17.12.2016	Präsident Emomali Rachmon trifft während seines Staatsbesuches in Indien mit seinem Amtskollegen Pranab Mukherjee und Premierminister Narendra Modi zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen. Es werden mehrere Wirtschaftsabkommen unterzeichnet.
20.12.2016	Beim zweiten Prozess gegen den bekannten Rechtsanwalt Bursugmechr Jorow kommt es zu einem Skandal, weil der Ermittler der Generalstaatsanwaltschaft sich, die Generalstaatsanwaltschaft und das Gericht durch Jorows Rezitation eines Gedichtes des bekannten mittelalterlichen Universalgelehrten und Dichters Avicenna (Ibn Sina) beleidigt sieht.
20.12.2016	Tadschikistan (und Kirgistan) enthalten sich bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über eine von der Ukraine eingebrachte Resolution, die die russischen Menschenrechtsverletzungen auf der Krim verurteilt und die Halbinsel als zeitweise okkupiert bezeichnet. Usbekistan und Kasachstan stimmen dagegen.
21.12.2016	Nach den neuesten Daten der russischen Nationalbank ist die Summe der Rücküberweisungen tadschikischer Arbeitsmigranten im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres mit 652 Mio. US-Dollar um 15,6% zurückgegangen.
21.12.2016	Die Agentur für Drogenkontrolle lässt mehr als 368 kg beschlagnahmter Narkotika verbrennen.
21.12.2016	Nach Angaben tadschikischer Medien hat die UN-Vollversammlung für eine tadschikische Initiative gestimmt, die Jahre 2018 bis 2028 zur internationalen Dekade »Wasser für eine nachhaltige Entwicklung« zu erklären.
22.12.2016	Erst jetzt wird bekannt, dass mit Unterschrift des Präsidenten bereits im November eine Änderung im Strafrecht in Kraft getreten ist, nach der die öffentliche Rechtfertigung von terroristischer oder extremistischer Tätigkeit mit bis zu 15 Jahren Freiheitsentzug geahndet werden kann.
22.12.2016	In seiner alljährlichen Rede vor dem Parlament kündigt Präsident Rachmon unter dem donnernden Applaus der Abgeordneten an, dass Tadschikistan in drei Jahren Energieunabhängigkeit erreicht haben werde.
23.12.2016	Nach dem Scheitern der Gespräche über die Landeberechtigung für Flüge der russischen Fluglinie Ural Airlines am Vorabend, untersagen die russischen Behörden alle Flüge von Somon Air nach Russland außer nach Moskau und Sankt Petersburg, die tadschikische Seite entzieht daraufhin Ural Airlines die Landeerlaubnis.
23.12.2016	Nach Angaben des Pressedienstes der Grenztruppen haben internationale Geber (UN, EU, USA) 2016 mehr als 15 Mio. Euro zur Verstärkung der Grenze zu Afghanistan zur Verfügung gestellt.
26.12.2016	Bei CSTO-Gipfel in Sankt Petersburg fordert Präsident Rachmon seine Amtskollegen auf, den Schutz der tadschikisch-afghanischen Grenze im Blick zu behalten.
20.12.2016	Human Rights Watch und das Norwegische Helsinki-Komitee rufen die EU und USA auf, wegen der Menschenrechtsverletzungen Sanktionen gegen Mitglieder der Regierung Tadschikistans in Erwägung zu ziehen.
27.12.2016	Präsident Rachmon empfängt den stellvertretenden usbekischen Premier und Co-Vorsitzenden der usbekisch-tadschikischen Zwischenregierungskommission für ökonomische Zusammenarbeit, Rustam Asimow, zu Gesprächen über die Perspektiven einer engeren bilateralen Zusammenarbeit und Fragen der regionalen Sicherheit. Bei der regulären Sitzung der Kommission erörtern Asimow und der tadschikische Vize-Premier Dawlatali Said Möglichkeiten einer Intensivierung der bilateralen Kontakte.
27.12.2016	Nach Angaben der Vertretung des russischen Innenministeriums in Tadschikistan haben 2016 14.000 Bewohner Tadschikistans einen Antrag auf Umsiedlung nach Russland im Rahmen des Programmes zur Umsiedlung von (russischen) Mitbürgern gestellt. 1.850 Familien hätten einen positiven Bescheid erhalten, das sei die höchste Zahl im GUS-Raum. Die Zahl der Ausreisewilligen sei in den letzten zwei Jahren um 40% gestiegen.
27.12.2016	Durch Äußerungen des russischen Botschafters in Duschanbe, Igor Ljakin-Frolow, wird bekannt, dass die russische und tadschikische Regierung derzeit über die gemeinsame Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Aini verhandeln, um den Russen eine verstärkte Präsenz zu ermöglichen.
28.12.2016	Die untere Kammer des Parlamentes billigt das von der Regierung vorgelegte Programm für die mittelfristige Entwicklung Tadschikistans 2016–2020 mit einem geplanten Umfang von 25,6 Mrd. US-Dollar. Es sieht u. a. die Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Verteidigung der Rechte von Unternehmern und die Einrichtung von Wirtschaftszentren an der Grenze vor.

29.12.2016	Die iranische Nachrichtenagentur Mehr berichtet, dass im Nachgang zum Besuch Präsident Rohanis in Zentralasien konkrete Verhandlungen über den Bau der Eisenbahnstrecke China–Kirgistan–Tadschikistan–Afghanistan–Iran aufgenommen wurden. Das tadschikische Teilstück ist ca. 580 km lang, die Baukosten sind auf mehr als 3,2 Mrd. US-Dollar veranschlagt.
2.1.2017	Vertreter der Grenztruppen wie des Verteidigungsministeriums weisen in afghanischen Medien verbreitete Behauptungen des ehemaligen Gouverneurs von Kundus, Muhammad Omar Safi, zurück, dass Panzer der Taliban auf tadschikischem Staatsgebiet von russischen Ingenieuren repariert und dann wieder nach Afghanistan geschickt würden.
4.1.2017	Der Sekretär der Kommunistischen Partei Tadschikistans, Mirsoasim Nasimow, wird übergangsweise zum bevollmächtigten Vorsitzenden der Partei ernannt. Der neue Parteichef soll im Sommer auf einem außerordentlichen Parteitag gewählt werden.
4.1.2017	Eine Massenschlägerei zwischen Jugendlichen in Duschanbe endet mit zwei Toten.
4.1.2017	Ein Gericht im Gebiet Sogd verurteilt einen Mann wegen Mitgliedschaft bei der verbotenen islamistischen Gruppe der Salafiten zu 5,5 Jahren Gefängnis, seinen Freund wegen Verschweigens dieser Tatsache zu acht Monaten Freiheitsentzug.
5.1.2017	Das staatliche Komitee für nationale Sicherheit teilt mit, dass im Rahmen einer Sonderoperation gegen eine afghanisch-tadschikische kriminelle Gruppe mehrere Personen festgenommen und 70 kg Drogen beschlagnahmt wurden. Insgesamt sei es 2016 an der Grenze zu Afghanistan zu 26 bewaffneten Zusammenstößen mit afghanischen Schmugglern gekommen, bei denen 16 Schmuggler zu Tode kamen und 18 verhaftet werden konnten.
6.1.2017	Nach einer Verlängerung der Stromversorgung in den Gebieten des Landes um fünf auf täglich 17 Stunden ab 5.1. wird eine weitere Verbesserung um eine Stunde bekannt gegeben.
6.1.2017	Die Freiheitsstrafe des früheren Anwalts der PIWT, Jorow, der im Oktober 2016 wegen öffentlicher Aufrufe zum Sturz der Regierung und Anstachelung sozialer Unruhen bereits zu 23 Jahren verurteilt worden war, wird um weitere drei Jahre erhöht.
6.1.2017	Ein Gericht im Gebiet Chatlon verurteilt einen Bewohner des Bezirks Kabadijan zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe, weil er 2014 im russischen Jekaterinburg an einer Versammlung der in Tadschikistan verbotenen oppositionellen Gruppe 24 teilgenommen hatte.
9.1.2017	Asia-Plus meldet unter Berufung auf Mitarbeiter der OSZE-Vertretung in Duschanbe, dass die OSZE bislang noch keine Mandatsverlängerung bekommen habe.
10.1.2017	Präsident Rachmon empfängt den Chef der IWF-Mission in Tadschikistan, Paul Ross, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
10.1.2017	Der Vorsitzende des Komitees für lokale Entwicklung, Kosim Rochbar, schlägt auf einer Pressekonferenz vor, in Zukunft die Vorsitzenden der lokalen Selbstverwaltungsräte auf alternativer Basis von der Bevölkerung wählen zu lassen und nicht mehr wie bisher auf Vorschlag der Regierung. Er erwartet dadurch eine Lösung vieler Probleme auf lokaler Ebene.
12.1.2017	Präsident Rachmon entlässt den langjährigen Bürgermeister von Duschanbe, Machmadsaid Ubajdullojew, und ernennt seinen Sohn Rustam Emomali zum neuen Stadtoberhaupt. Alle Stellvertreter des Bürgermeisters wurden laut Asia-Plus auch entlassen.
12.1.2017	Nasim Olimsoda wird zum neuen Minister für Gesundheit und soziale Sicherung ernannt.
12.1.2017	Die Weltbank senkt ihre Prognose für die Entwicklung des BIP Tadschikistans wegen des voraussichtlichen Rückgangs der Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten für 2017 um 0,3 % auf 4,5 %, für 2018 sagt das Institut ein BIP-Wachstum von 5,2 % voraus.
12.1.2017	Nach Angaben des Bildungsministeriums besteht im Land ein starker Lehrermangel, insbesondere in den Fächern russische Literatur und Sprache. Nur 1 % der 1,5 Mio. Schüler des Landes würden auf Russisch unterrichtet – bei gleichzeitig steigendem Bedarf wegen der Arbeitsmigration.
12.1.2017	Die Bemerkung des afghanischen Botschafters in Moskau, Abdulkajum Kutschi, in einem bei YouTube geposteten Interview, dass Tadschikistan ein kleines russisches Land mit mächtigen im Drogenhandel engagierten Mafiagruppen sei, sorgt für Verstimmungen in Duschanbe. In Reaktion auf eine Protestnote des tadschikischen Außenministeriums erklärt die afghanische Botschaft, dass es sich um eine persönliche Meinungsäußerung handele, das Außenministerium in Kabul entschuldigt sich.

12.1.2017	In einem neu veröffentlichten Bericht von HRW wird beklagt, dass sich die Menschenrechtslage in Tadschikistan 2016 stark verschlechtert hat. Kritisiert werden insbesondere politisch motivierte Strafverfahren, die Verfolgung von Familienangehörigen und Rechtsanwälten der Angeklagten und die Anwendung von Folter.
14.1.2017	Mit dem heutigen Tag sind alle Stromrationierungen im Land aufgehoben. Präsident Rachmon fordert bei dieser Gelegenheit die Bevölkerung auf, ihre ausstehenden Stromrechnungen zu begleichen.
16.1.2017	Der neue Bürgermeister von Duschanbe, Rustam Emomali, ersetzt den bisherigen Chef des hauptstädtischen Fernsehkanals »Poitaht« (Hauptstadt) durch den ehemaligen Direktor des staatlichen Senders »Tojikiston«, Suhrob Raufow.
16.1.2017	In Reaktion auf die Kritik von Menschenrechtsorganisationen erklärt der Vorsitzende des Obersten Gerichts, Schermuchammad Schochijon, auf einer Pressekonferenz, dass es in nach seiner Überzeugung in Tadschikistan keine Verletzung der Freiheiten und Rechte der Bürger gibt.
18.1.2017	Präsident Rachmon erörtert in Duschanbe mit dem Vize-Präsidenten der Weltbank für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
18.1.2017	Tadschikische Medien melden, dass in der Türkei im Zusammenhang mit der Verhaftung des Attentäters auf den Istanbuler Nachtclub Reina am 1.1. 27 Personen verhaftet wurden, denen Verbindungen zum IS unterstellt werden. Unter ihnen sollen sich auch tadschikische Staatsbürger befinden, daneben Kirgisen, Usbeken und chinesische Staatsbürger.
18.1.2017	Der ständige Vertreter der ADB in Tadschikistan, C.C. Yu, fordert vor Journalisten in Duschanbe die Führung des Landes auf, die bei der Gewährung der Budgetunterstützung vereinbarten Bedingungen zu erfüllen und bessere Geschäftsbedingungen zu schaffen.
19.1.2017	Die russische Nachrichtenagentur TASS meldet unter Berufung auf das russische Transportministerium, dass für den 26.1. Gespräche zwischen russischen und tadschikischen Luftverkehrsverantwortlichen anberaumt sind. Die russische Seite sei bereit zum Dialog – wenn die Tadschiken die vertraglichen Bedingungen erfüllen.
19.1.2017	Sumangul Tagojsoda, Minister für Arbeit, Migration und Beschäftigung, teilt vor der Presse mit, dass 2016 nach offizieller Quote 8.000 Ausländer in Tadschikistan arbeiten durften, faktisch seien es aber 11.300 gewesen, insbesondere Chinesen.
19.1.2017	Die schwedische Telekommunikationsgesellschaft TeliaSonera teilt auf ihrer Website mit, dass die tadschikischen Steuerbehörden von ihrem Mobilfunkbetreiber Tcell die Zahlung von 155 Mio. Somoni (ca. 20 Mio. US-Dollar) als Steuernachzahlung für Mai 2015 – Juni 2016 verbunden mit einer Strafe fordern. Nach Angaben von TeliaSonera liegt diese Forderung über den Einnahmen von Tcell 2015. Ein Vertreter der Steuerverwaltung erklärt, dass auch gegen andere Mobilfunkanbieter hohe Forderungen gestellt wurden.
19.1.2017	Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Migration haben 2016 517.300 Arbeitsmigranten Tadschikistan verlassen, 437.000 und damit 12% mehr als im Vorjahr sind zurückgekehrt.
19.1.2017	Der neue Bürgermeister von Duschanbe, Rustam Emomali, verpflichtet seine Stellvertreter bis Ende Februar rund um die Uhr für witterungsbedingte Notfallanrufe der Bürger der Stadt zur Verfügung zu stehen. Die entsprechenden Telefonnummern sind auf der Website des Bürgermeisters zu finden.

Turkmenistan

20.12.2016	In Reaktion auf den Vorwurf turkmenischer Behörden, dass Iran seit 2012 2 Mrd. US-Dollar für Gaslieferungen nicht gezahlt habe, zitiert die iranische Nachrichtenagentur Fars iranische Politiker mit den Worten, dass man keine Gaslieferungen mehr ins Land lassen werde, sollten die turkmenischen Forderungen nicht eingestellt werden.
20.12.2016	Der Chefredakteur des turkmenischen Dienstes von RFE/RL, Farruch Jusupow, erklärt, dass sein offiziell wegen des Besitzes von Kautabak in Haft befindlicher Mitarbeiter Chudaiberdy Allaschew gefoltert wurde.
20.12.2016	Die russische Website Afganistan.ru meldet, dass Siemens einen Kredit von 2,5 Mrd. US-Dollar für die Fertigstellung der TAPI-Gaspipeline zur Verfügung gestellt hat.
25.12.2016	Innenminister Iskander Mulikow wird von Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow wegen Nachlässigkeiten in seiner Tätigkeit scharf gerügt.
26.12.2016	Die staatliche Nachrichtenagentur TDCh meldet, dass bereits neun Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Februar nominiert wurden, darunter sechs von Bürgerinitiativen. Unterdessen fordert Präsident Berdymuchammedow die zentrale Wahlkommission auf, seine Redezeit im staatlichen Fernsehen zugunsten seiner »Gegenkandidaten« aufzuteilen.

26.12.2016	Präsident Berdymuchammedow ernennt im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung 2017 zum »Jahr der Gesundheit und seelischen Erfüllung« und erklärt, dass im Jahr 2016 202 Bauprojekte mit einem Finanzvolumen von 5 Mrd. US-Dollar fertiggestellt wurden. Nach Angaben der oppositionellen Website Gundogar ist das um die Hälfte weniger, als von Präsident Berdymuchammedow im Jahr 2015 angekündigt worden war.
27.12.2016	Der Migrationsdienst des Innenministeriums gibt bekannt, dass die Kontrollprozedur für ausländische Inhaber biometrischer Pässe bei der Ein- und Ausreise ab dem kommenden Jahr erleichtert wird. Näheres wird nicht bekannt.
30.12.2016	Nach Angaben des oppositionellen Nachrichtenportals Chronika Turkmenistana wurden die sonst üblichen offiziellen Massenveranstaltungen zum Neuen Jahr in den Regionen des Landes kurzfristig abgesagt.
30.12.2016	Der Pressedienst des weißrussischen Außenministeriums gibt bekannt, dass die weit hinter dem Plan zurückliegenden Bauarbeiten am Kali-Kombinat in Garlyk (Gebiet Lebap) bis März 2017 abgeschlossen sein sollen.
31.12.2016	Die staatliche iranische Nachrichtenagentur Mehr meldet, dass sich Teheran und Aschchabad über die Konditionen von Gaslieferungen für die kommenden fünf Jahre geeinigt haben.
1.1.2017	Nach Angaben der staatlichen iranischen Gasgesellschaft NIGC hat Turkmenistan zum Jahreswechsel trotz der im letzten Augenblick erreichten bilateralen Einigung die Gaslieferungen nach Iran im Streit über angeblich ausstehende Schulden überraschend eingestellt.
5.1.2017	Im Istanbuler Stadtteil Pendik wird ein turkmenischer Staatsangehöriger von lokalen Bewohnern verprügelt, weil er dem Attentäter von Istanbul, der in der Silvesternacht 39 Gäste eines Nachtclubs erschossen hatte, ähnlich sieht.
5.1.2017	Die iranische Gasgesellschaft NIGC kündigt rechtliche Schritte gegen die turkmenischen Behörden wegen der einseitigen Einstellung der Gaslieferungen an.
6.1.2017	Auf einer Kabinettsitzung werden Privatisierungspläne für Staatsunternehmen, darunter der staatlichen Fluggesellschaft Türkmen Howayollary, vorgestellt.
9.1.2017	Die staatliche iranische Gasgesellschaft meldet, dass die bisher mit turkmenischem Gas versorgten nördlichen Gebiete des Landes nun mit inländischem Gas beliefert werden.
10.1.2017	Das Staatsfernsehen zeigt Präsident Berdymuchammedow und das Ministerkabinett bei der sportlichen Betätigung in einem Fitnessstudio. Zudem nehmen zahlreiche Mitarbeiter staatlicher Unternehmen und Einrichtungen sowie Studierende und Schüler an öffentlichen Gymnastikübungen teil.
13.1.2017	Präsident Berdymuchammedow beruft führende Mitarbeiter des türkischen Bauunternehmens Polimeks zu Konsultationen, nachdem es am im letzten Jahr eröffneten neuen Flughafen von Aschchabad zu Schäden an der Fassade gekommen war.
13.1.2017	Präsident Berdymuchammedow entlässt im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung die Vize-Premiers für Transport, Satlyk Satlykow, und für Angelegenheiten des Präsidialamtes, Schamuchammet Durylyjew. Nachfolger werden Bairam Annameradow und Dadebai Amangeldijew. Zudem zeigt sich der Präsident erneut unzufrieden mit der Qualität der Übertragungen im Staatsfernsehen.
17.1.2017	Am Ende der Bewerbungsfrist für die im Februar anstehende Präsidentschaftswahl haben sich nach Angaben der Zentralen Wahlkommission insgesamt neun Kandidaten registrieren lassen.
17.1.2017	Das deutsche Unternehmen »ILF Beratende Ingenieure GmbH« unterzeichnet in Aschchabad einen Vertrag mit dem TAPI-Konsortium über die Bereitstellung von Beratungsleistungen beim Bau des Abschnitts Afghanistan-Pakistan der Gaspipeline.
17.1.2017	Der frühere stellvertretende Chef des Komitees für nationale Sicherheit und Kommandeur der Grenztruppen, Türkisch Tyrmyjew, ist nach Angaben von Bürgerrechtlern im Exil 66jährig in einem turkmenischen Gefängnis gestorben. Tyrmyjew war 2002 wegen Überschreitung seiner Vollmachten zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, kurz vor seiner Freilassung im Jahr 2012 war seine Strafe wegen eines angeblichen Angriffs auf einen Gefängnismitarbeiter bis 2019 verlängert worden.
19.1.2017	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass vor dem Hintergrund des mutmaßlich von Milzbrand ausgelöst, massenhaften Verendens von Vieh landesweit private Händler Fleisch zum halben Preis verkaufen würden.

Usbekistan

17.12.2016	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die Bewohner der Gebiete Taschkent, Andischan, Fergana und Namangan bereits seit einer Woche mehr als ein Dutzend russländische Fernsehsender empfangen können. Es soll sich um eine Testphase handeln, ab Januar 2017 muss für den Empfang bezahlt werden.
19.12.2016	Die Regierung beschließt die Devisensonderbestimmungen, die seit 2013 in der Freien Wirtschaftszone Nawoi gelten, auf alle freien Wirtschaftszonen des Landes anzuwenden.
20.12.2016	Generalmajor Muidschon Tochirij wird Vorsitzender des staatlichen Zollkomitees.
21.12.2016	Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats muss eine Maschine der russischen Aeroflot auf dem Weg von Taschkent nach Moskau wegen technischer Probleme in die usbekische Hauptstadt zurückkehren.
21.12.2016	Präsident Mirsijojew unterzeichnet einen Erlass, mit dem 179 Antragsteller die usbekische Staatsbürgerschaft erhalten. Erstmals seit vielen Jahren wird der Text komplett publiziert.
20.12.2016	Eine außerordentliche Versammlung der Föderation der Gewerkschaften Usbekistans wählt Kudratilla Rafikow zum neuen Vorsitzenden. Zuvor war er Generaldirektor der Akkumulatoren-Fabrik Dschisak AG.
21.12.2016	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass in den USA ein Mann mit niederländischer und türkischer Staatsangehörigkeit zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe wegen Unterstützung der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) verurteilt worden ist. Er war 2015 in Deutschland verhaftet und an die USA ausgeliefert worden.
23.12.2016	Die im September freigeschaltete virtuelle Sprechstunde des Premierministers pm.gov.uz, wird in Sprechstunde des Präsidenten umbenannt. Seit September sollen mehr als 300.000 Anfragen auf diesem Weg an den Premier geschickt worden sein.
22.12.2016	Auf Vorschlag der Regierung beschließt das Parlament die Umbenennung eines Bezirkes des Gebietes Dschisak nach dem langjährigen KP-Chef der Usbekischen SSR, Scharaf Raschidow. Der in der Stadt Dschisak geborene Raschidow war im Zuge der sog. Baumwollaffäre 1983 unter Druck des Kreml geraten und soll Selbstmord begangen haben.
23.12.2016	Nach einem erst jetzt veröffentlichten Dekret des Präsidenten vom 2.12.2016 können ausländische Touristen ab 1.1.2017 Hotelrechnungen nur noch in frei konvertierbaren Währungen bezahlen, was Gäste vor allem aus dem GUS-Raum vor besondere Probleme stellt.
23.12.2016	Präsident Mirsijojew empfängt den kasachstanischen Außenminister Jerlan Idrisow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit. Zuvor war Idrisow mit seinem usbekischen Amtskollegen Kamilow zusammengetroffen.
23.12.2016	Chimatt Okbutajew und Ulugbek Usakow werden zu Gouverneuren der Gebiete Samarkand und Dschisak ernannt.
23.12.2016	Ein aus Usbekistan stammender Mann wird auf einer Raststätte in der Nähe von Kansas City (Missouri) verhaftet, nachdem er von einem geparkten Traktor aus mit einer Waffe auf vorbeifahrende Autos gezielt, aber nicht geschossen hatte. Die Autobahn war stundenlang gesperrt.
24.12.2016	Präsident Mirsijojew und sein kirgisischer Amtskollege Almasbek Atambajew vereinbaren eine schnelle Regelung der offenen Grenzfragen und eine Verdoppelung des Warenaustausches. Beide Staatsoberhäupter besichtigen gemeinsam das MAN LKW-Werk in Samarkand, Atambajew legt Blumen am Grab Islam Karimows nieder.
25.12.2016	Kabul Tursunow wird von Präsident Mirsijojew zum neuen Gouverneur des Gebietes Nawoi ernannt. Sein Vorgänger hatte Mitte Dezember das gleiche Amt in Surchandarja übertragen bekommen.
26.12.2016	In Taschkent findet unter Vorsitz des Ministers für Außenwirtschaftsbeziehungen, Eljor Ganijew, und dem Berater des afghanischen Präsidenten, Chumajun Kajumi, die 2. Sitzung der Kommission für Handel, Transport und Energie zwischen Usbekistan und Afghanistan statt. Am Folgetag ist ein Treffen Kajumis mit Außenminister Kamilow vorgesehen.
27.12.2016	Der Vorstand der Weltbank bewilligt 150 Mio. US-Dollar für die Modernisierung von Transformatorenstationen.
27.12.2016	Es treten Gesetzesänderungen in Kraft, mit der die Strafen für Autodiebstahl und Betrug erheblich erhöht werden.
27.12.2016	Rustam Asimow, stellvertretender Premier und Co-Vorsitzender der usbekisch-tadschikischen Zwischenregierungskommission für ökonomische Zusammenarbeit, wird in Duschanbe von Präsident Emomali Rachmon zu Gesprächen über die Perspektiven einer engeren bilateralen Zusammenarbeit und Fragen der regionalen Sicherheit empfangen. Bei der regulären Sitzung der Kommission werden Möglichkeiten einer Intensivierung der bilateralen Kontakte erörtert.

28.12.2016	Aus einem Bericht von Uzdaily.com geht hervor, dass im Herbst 2016 fünf Schulleiter, zwei Leiter landwirtschaftlicher Betriebe und der Chefarzt einer Poliklinik wegen des Einsatzes von Minderjährigen in der Baumwollernte zu Geldstrafen von 4,7 Mio. Sum (ca. 1.500 US-Dollar) verurteilt wurden.
28.12.2016	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Dekret, das alle Bezirke und Städte des Landes verpflichtet, Bürgersprechstunden des Präsidenten einzurichten. Die dort beschäftigten Mitarbeiter gehören direkt dem erheblich vergrößerten Stab des Präsidenten an.
29.12.2016	Der staatliche erste Fernsehkanal zeigt eine ungewöhnliche Talkshow zum Thema fehlender Dialog zwischen Bevölkerung und Beamten, in der das Publikum Vertretern des Staates zu große Distanz zu Problemen des normalen Volkes und Eigennutz vorwirft, Parlamentsabgeordneten, dass sie nicht die Interessen des Volkes vertreten.
29.12.2016	Eine ganze Reihe seit Jahren blockierter ausländischer Websites ist wieder ohne Nutzung von proxy servern zugänglich, darunter nicht nur BBC, der usbekische Dienst von RFE/RL, Fergana.ru und Eurasianet.org, sondern auch die Websites von Menschenrechtsorganisationen wie HRW und AI.
31.12.2016	Anders als sein Amtsvorgänger Islam Karimow verliert Präsident Schawkat Mirsijojew kurz vor Mitternacht persönlich seine Neujahrsansprache im Fernsehen in russischer und usbekischer Sprache.
2.1.2017	In einem über Youtube verbreiteten Video drücken Kämpfer der islamistischen usbekischen Islamischen Dschihad Union (IDU), einer noch radikaleren Abspaltung der IMU, ihre Solidarität mit den Kämpfern in Syrien aus und versprechen für sie zu beten.
3.1.2017	Auf Anordnung von Präsident Mirsijojew erhalten die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften zwecks Stimulierung der Wissenschaft ab 1.1. ein nicht zu versteuerndes monatliches Honorar in Höhe von zehn Minimallohnen (ca. 1,5 Mio. Sum, bzw. 456 US-Dollar).
3.1.2017	Die Regierung beschließt die Schaffung von speziellen Abteilungen zu Fragen der komplexen sozioökonomischen Entwicklung in allen Gebieten des Landes, deren Vorgaben für die Gebietsführungen bindend sein werden.
4.1.2017	Mit Unterschrift Präsident Mirsijojews und Publikation in der Zeitung Narodnoje Slowo tritt ein neues Gesetz gegen Korruption in Kraft.
4.1.2017	Abdusalom Asisow wird zum neuen Innenminister ernannt. Zuvor war er Chef der Verwaltung für innere Angelegenheiten des Gebiets Dschisak.
5.1.2017	Der frühere Geschäftsführer des Unternehmenskonglomerats Zeromax, Mirodil Dschalolow, wurde vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL. Das in der Schweiz registrierte ehemals größte private Wirtschaftsunternehmen Usbekistans mit vermutlich engen Verbindungen zu Präsidententochter Gulnara Karimowa war 2010 geschlossen worden. Dschalalow wurde wegen schwerer Wirtschaftsvergehen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt.
6.1.2017	Die Gesellschaft Uzagroeksport teilt mit, dass usbekische Unternehmer 2016 818.500 t Obst und Gemüse in 43 Länder exportiert haben, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 38,3 %.
7.1.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet die Entlassung des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsdienstes, Schuchrat Guljamow.
7.1.2017	Bei einem Treffen mit Staatsanwälten des Landes kritisiert Präsident Mirsijojew deren Tätigkeit scharf und kündigt ein System der Evaluierung ihrer Arbeit durch Bürger und Behörden an.
7.1.2017	Präsident Mirsijojew gesteht unter Berufung auf die in der virtuellen Sprechstunde des Premiers geposteten Klagen im ersten staatlichen Fernsehprogramm ein, dass es Schwierigkeiten bei der Auszahlung von Renten und Löhnen sowie Probleme in Administration und Justiz gibt.
8.1.2017	Türkische Nachrichtenagenturen melden, dass die Polizei den Attentäter, der am 1.1. bei einem Anschlag auf den Nachtclub Reina in Istanbul 39 Menschen getötet und 65 verletzt hatte, identifiziert hat. Es handele sich um den usbekischen Staatsbürger Abdulkadir Mascharipow alias Abu Muhammed Horasan.
8.1.2017	Der neue Fonds Islam Karimow schreibt erstmals zweijährige Auslandsstipendien für Universitätsabsolventen aus. Sie gelten nur für Universitäten in Europa und USA und naturwissenschaftlich-technische Fächer.
9.1.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass bereits am 22.12.2016 die drei Wochen zuvor verkündete Visafreiheit für Usbekistanbesucher aus 27 Staaten, darunter auch Deutschland, auf den 1.1.2021 verschoben wurde.
9.1.2017	Außenminister Kamilow empfängt eine afghanische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Hekmat Karzai zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
9.1.2017	Laut Meldung von Fergananeews.com wurde das Mandat der OSZE-Vertretung in Taschkent bislang nicht verlängert.

10.1.2017	Die Weltbank sagt in ihrem neuesten Bericht Usbekistan für 2017 ein BIP-Wachstum von 7,4% voraus.
11.1.2017	Der Bürgermeister von Taschkent, Rachmonbek Usmanow, und der Botschafter Kirgistan in Usbekistan, Danijar Sydykow, vereinbarten bei einem Treffen in Taschkent eine engere wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Hauptstädten beider Staaten.
11.1.2017	Örtliche Medien melden, dass in der Vorwoche in Taschkent mit dem Bau neuer Amtsräume und einer Residenz für Präsident Mirsijojew begonnen wurde.
12.1.2017	Mit einer Veränderung der Regeln über die Verwendung von Devisen wird es Hotels nun erlaubt, Bezahlung von ausländischen Gästen in ausländischen Währungen anzunehmen. Außerdem wird ein Hotelzuschlag von 2 US-Dollar für Ausländer angekündigt, der für Verbesserungen der touristischen Infrastruktur verwendet werden soll.
12.1.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Dekret über die Schaffung von Freien Wirtschaftszonen in den Bezirken Urgut (Gebiet Samarkand), Gischduwan (Gebiet Buchara), Kokand (Gebiet Fergana) und Chasarasop (Gebiet Choresm).
13.1.2017	In seiner Rede zum Tag des Verteidigers der Heimat schlägt Präsident Mirsijojew vor, in Usbekistan eine eigene Militärindustrie aufzubauen.
14.1.2017	Nach Angaben in einer Rede von Präsident Mirsijojew stieg das BIP Usbekistans 2016 um 7,8%. Die FDI erreichten 3,7 Mrd. US-Dollar (+ 11,3%).
14.1.2017	Während einer erweiterten Sitzung des Ministerkabinetts entlässt Präsident Mirsijojew die Chefs der Staatskonzerne Uzneftmashsulot, Bachtijor Sultanow, und Uzeltechsanoat, Erkin Iminow, wegen schlechter Arbeitsergebnisse. Ulugbek Rosukulow, stellvertretender Premier mit Zuständigkeit für Entwicklung des Exportpotentials und Maschinenbau, Auto- und Elektrotechnik sowie Vorstandsvorsitzender von Uzavotosanoat, sowie sein Kollege Gulomdschon Ibragimow, zuständig für Geologie, Energiefragen und chemische und metallurgische Industrie, erhalten einen Tadel.
15.1.2017	Durch ein Interview der Neuen Züricher Zeitung mit Grégoire Mangeat, dem Schweizer Anwalt der skandalumwitterten Tochter des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow, Gulnara Karimowa, wird bekannt, dass zwei Vertreter der Schweizer Staatsanwaltschaft die seit 2014 in Taschkent unter Hausarrest stehende am 9. und 10.12.2016 im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Korruption persönlich befragt haben. Nach Mangeats Worten war Karimowa bei guter Gesundheit und in kämpferischer Stimmung.
16.1.2017	Türkische Medien melden die Festnahme des des Attentats auf den Nachtclub Reina Verdächtigen usbekischen Staatsbürgers Mascharipow in Istanbul. Nach Angaben der Polizei soll er IS-Mitglied sein und sich seiner Festnahme widersetzt haben.
17.1.2017	Der Direktor der Anti-Korruptionsabteilung bei der Schweizer Generalstaatsanwaltschaft Gunnar Stetler erklärt in einem Interview mit dem usbekischen Dienst von RFE/RL, dass er mit einer Anklageerhebung gegen Gulnara Karimowa u. a. bis Ende 2017 rechnet, obwohl die usbekischen Behörden die Zusammenarbeit verweigern.
17.1.2017	In Moskau findet ein Treffen zwischen dem russischen Generalstaatsanwalt Jurij Tschaika und seinem usbekischen Amtskollegen Ichtijor Abdullajew über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen internationale Kriminalität, Kampf gegen den Menschenhandel und Ausbildung statt.
18.1.2017	Vize-Premier Adham Ikramow wird in Bischkek vom kirgisischen Präsidenten Atambajew empfangen. Am Vortag war er in Osch mit seinem kirgisischen Amtskollegen Dschenisch Rasakow zu Gesprächen über die zwischen beiden Staaten strittigen Grenzfragen zusammengetroffen.
17.1.2017	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik ist die Bevölkerung Usbekistans 2016 um 1,7% gewachsen und betrug am 1.1.2017 32,12 Mio. Menschen.
17.1.2017	Bei einem Treffen der Föderation der Gewerkschaften Usbekistans mit Vertretern der International Labour Organisation (ILO) in Taschkent werden Stand und weitere Aufgaben der Zusammenarbeit erörtert.
18.1.2017	UzNews meldet, dass Kachramon Kuranbajew, seit August 2016 stellvertretender Vorsitzender der Nationalen TV- und Radiogesellschaft, zum stellvertretenden Staatsrat des Präsidenten mit Zuständigkeit für Organisation und Kaderfragen ernannt wurde.
18.1.2017	Das Komitee für Religionsangelegenheiten gibt bekannt, dass wegen der wachsenden Nachfrage die Quote für Mekka-Pilger 2017 um 2.000 auf 7.200 erhöht wird. Am Tag zuvor war mitgeteilt worden, dass jeder Bürger ab sofort nur ein Mal im Leben jeweils eine große Pilgerfahrt (Hadsch) und kleine Pilgerfahrt (Umroh) machen darf.
18.1.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Privatisierung von Staatsbesitz vor allem durch den Abbau bürokratischer Hürden vereinfacht wird und privates Unternehmertum gefördert werden soll.

19.1.2017	Präsident Mirsijojew empfängt den Weltbank-Vizepräsidenten für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, zu Gesprächen über Prioritäten der Zusammenarbeit.
19.1.2017	Der usbekische Tennisspieler Denis Istomin, 117. der Weltrangliste, siegt in der zweiten Runde der Australian Open sensationell gegen den Weltranglistenzweiten, Novak Djokovic, in 3:2 Sätzen.
20.1.2017	Die Kiewer Generalstaatsanwaltschaft gibt bekannt, dass am 19.1. bei der Einreise in die Ukraine der international wegen Unterschlagung von mehr als 91 Mio. US-Dollar u. a. schweren Wirtschaftsvergehen gesuchte Akbarali Abdullajew in Auslieferungshaft genommen wurde. Der usbekische Staatsbürger ist ein Neffe der Frau des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow.
20.1.2017	Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Peter Burian, trifft während seines zweitägigen Taschkentbesuchs mit Außenminister Kamilow zusammen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Beate Eschment

Redaktionsassistent: Dr. Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2017 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Rungestraße 9 • 10179 Berlin • Telefon: +49 30 5169563-270

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>



Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>